

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND

FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Noch einmal Reichspräsidentenwahl

Für Hindenburg stimmen — Hitler muß vernichtend geschlagen werden

Wahlen haben nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Bedeutung. Die Septemberwahlen von 1930 sind noch in aller Erinnerung. Sie trugen sehr wesentlich zur Verschlechterung der Wirtschaftslage Deutschlands bei. Das Anwachsen der Hitlerpartei stärkte das Mißtrauen vor allem des Auslandes, führte zur Kündigung der Kredite und damit zum Zusammenbruch der Banken mit all den traurigen Wirtschaftsschwierigkeiten, unter denen wir neben der Weltwirtschaftskrise in Deutschland besonders zu leiden haben. Seit den Septemberwahlen war es bei uns so: Je mehr der Faschismus Hitlers politische Erfolge erzielen konnte, desto schlechter wurde es wirtschaftlich. Das lärmende Auftreten der Hitlerpartei beunruhigte das Wirtschaftsleben außerordentlich. Das ist ein Grund mit, weshalb sich die Gewerkschaften mit aller Schärfe als wirtschaftliche Vertreter der Arbeiter gegen die Hitlerpartei wenden und bei politischen Wahlen die Parole gegen Hitler, gegen den Faschismus herausgeben. Es ist eine wirtschaftliche Pflicht, und es gebietet die Interessenvertretung der Arbeiterschaft, diese Stellung gegen den Faschismus und gegen Hitler einzunehmen.

Die Ergebnisse vom ersten Wahlgang müssen der gesamten Arbeiterschaft zu denken geben und den letzten Arbeiter und der letzten Arbeiterin klar machen, daß der Faschismus Hitlers nur am besten bekämpft werden kann von einer geschlossenen gegenfaschistischen Front. Das waren und sind noch die Hindenburg-Wähler und Wählerinnen. Mit ihrem Bekenntnis für Hindenburg und gegen Hitler retteten sie Deutschland vor einem weiteren wirtschaftlichen Rückschlag, vor dem Bürgerkrieg und vor dem blutrünstigen Faschismus. Der Sieg Hindenburgs ist jedoch noch nicht endgültig, und die Niederlage Hitlers muß noch größer werden bei der Stichwahl. Hitlers Rückhalt ist immer noch beachtlich, sein Auftreten immer noch das eines wild gewordenen Spießers. Das Reichsinnenministerium verhandelt noch mit seinen Abgesandten wie mit Staatsfreunden, es gibt Erklärungen heraus, die so gehalten sind, daß die Nationalsozialisten sie für ihre Zwecke benutzen können. Das Reichsinnenministerium, das allen Staatsbürgern gleiches Recht gewähren sollte, unternahm nichts gegen die in der Wahlnacht zusammengezogenen SA-Trupps. Es läßt trotz Notverordnung Hitlers Söldnertruppen in Braunschweig uniformiert und mit Feldspaten ausgerüstet auftreten und blutigen Terror ausüben. Einige Daten zum Beweis:

Am 16. März gegen 1/11 Uhr abends drangen 150 Nationalsozialisten in die Friesenstraße, eine Arbeiterstraße Braunschweigs, ein. Sie vorjagten die Passanten von der Straße, warfen mit Steinen Fenster ein und gaben Schüsse ab. Rufe wie: „Fenster zu, sonst wird geschossen“, „Kommt raus, ihr roten Hunde“, „Heil Hitler“ und „Deutschland erwache“ ertönten.

Zu einem großen Teil ihrer Überfälle bedienen sich die Nationalsozialisten eines Kraftwagens, der genau so eingerichtet ist, wie die Ueberfall-Autos der Polizei.

Diese Wagen sind besetzt mit SA- und SS-Leuten, die einheitlich mit grünen Mänteln bekleidet sind und die auf dem Wagen in einer Anordnung Platz nehmen, die sofortiges Abspringen ermöglicht.

Dieses „Ueberfall-Auto“ dient den Nazis zur schnellen Beförderung ihrer SA-Leute an eine Einsatzstelle.

Diesen Terror dürfen sich die Nazis unter ihrem Polizeiminister Klages leisten, ohne daß das Reichsinnenministerium Anlaß zum Einschreiten findet.

Als 1923 die Sozialisten und Kommunisten in Sachsen und Thüringen sich zusammenfanden und regierten, marschierte die Reichswehr ein. In Braunschweig, wo tatsächlich die republikanische Bevölkerung von den republikfeindlichen verfassungsgegnerischen Nazis terrorisiert wird, findet nicht einmal der Reichsinnenminister Anlaß, Ordnung zu verlangen. Soweit geht schon das Entgegenkommen an die Nazipartei.

Um diesen Neigungswinkel von Reichsstellen und Gerichten wieder zu beseitigen, um in Deutschland der verfassungstreuen Bevölkerung wieder gleiches Recht zu sichern und sie vor dem Terror aufgeputschter Bürgerkriegstruppen zu schützen, deshalb muß auch am 10. April dem Faschismus und Hitlerismus erneut eine fühlbare Niederlage bereitet werden.

Die Eisernen Front, die schon in den wenigen Wochen ihres Bestehens der Schutzwahl der Republik und der Arbeiterschaft darstellte, muß noch mehr der unüber-

windliche Rückhalt und die uneinnehmbare Festung der republikanischen Bevölkerung werden. Kein Arbeiter, keine Arbeiterin darf abseits stehenbleiben in den nächsten Wochen zur zweiten Reichspräsidentenwahl und zu den verschiedensten Landtagswahlen. In Preußen besonders muß die Regierung Braun-Severing wieder gesiegt werden. Hitlervertreter dürfen in Preußen nicht an die Staatsmacht herangelassen werden. Dazu sind jetzt schon die Vorbereitungen mitzutreffen.

Im ersten Wahlkampf zur Reichspräsidentenwahl war zu erkennen, daß in vielen Dörfern keine Propaganda für Hindenburg gemacht werden konnte, weil die Hitleranhänger einfach die Uebermacht waren. Die Stimmenergebnisse großer Landgebiete bestätigten dann die Feststellungen, vor allem Ostpreußen lohnte seinem Retter Hindenburg seinen Dienst um dieses Gebiet schlecht und stimmte mit großer Mehrheit für den tschechischen Abkömmling Hitler aus Braunau in Oberösterreich. Das ist eine Schande für Ostpreußen und für Deutschland. Sie wieder gutzumachen, dazu ist am 10. April Gelegenheit geboten. In den Dörfern der Landgebiete müssen die Arbeiter und Kleinbauern die Propaganda für Hindenburg in die Hand nehmen und die

Bezirksstellen der Eisernen Front zur Unterstützung anfordern. Auch Material ist dort zu bestellen. Nichts darf unversucht gelassen werden.

Hindenburg muß im zweiten Wahlgang noch mehr Stimmen bekommen als im ersten. Eine höhere Zahl Hindenburgstimmen läßt erst die Niederlage Hitlers richtig in Erscheinung treten, deshalb alle Republikaner an die Wahlurne.

Zu entscheiden ist gegen Hitler, gegen die NSDAP, die nach den Feststellungen des Preußischen Ministers des Innern den Bürgerkrieg in Deutschland vorbereitet. Diese Bürgerkriegsvorbereitung besteht in der Aufstellung einer militärisch gegliederten Privatarmee, in ihrer Ausrüstung mit Waffen, den ständigen Ueberfällen auf Andersdenkende, der Anwendung von Terror als politisches Kampfmittel, der geheimen Mobilisierung und Alarmierung bezahlter Banden. Die Arbeiterschaft legt angesichts dieser Dinge nicht die Hände in den Schoß, sie tut gut daran, sich nicht überlassen zu lassen. Deshalb hinein in die Eisernen Front.

An Wahltagen wie am 10. April gilt es, den Bürgerkriegs-Hitler eine empfindliche Niederlage zu bereiten.

Am 10. April zur Wahl gehen!

Am 10. April für Hindenburg stimmen!

Paul Umbreit gestorben

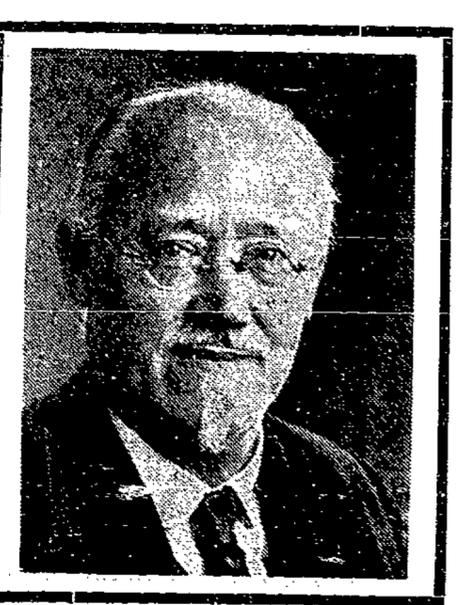
Der verantwortliche Schriftleiter der „Gewerkschafts-Zeitung“, des Organs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Paul Umbreit, hat plötzlich in den Morgenstunden des 21. März seine Augen für immer geschlossen. Er starb an Herzschlag und wurde mitten aus seinem Schaffen gerissen. Umbreit war ein nimmermüder Arbeiter, ein Fleißiger, aber auch ein Wegweisender, ein Richtungsgebender für das Mögliche, Durchführbare für die Gewerkschaftsbewegung, für die Sozialpolitik. Er kannte sein Aufgabenfeld und schuf Vorbildliches in seinem Wirkungsbereich. Umbreit war einer der größten Gewerkschaftsjournalisten, der aus eigener Kraft geworden, Großes und Bleibendes gestaltete für die Arbeiterschaft, für die Gewerkschaftsbewegung, für das Proletariat weit über Deutschlands Grenzen hinaus.

Umbreits Hauptaufgabe war es seit 32 Jahren, die „Gewerkschafts-Zeitung“ zu leiten. Bis 1923 erschien sie unter dem allbekanntesten Titel „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands“. Ein Jahrzehnt lang wurde dieses Blatt von Carl Legien geleitet. Seit dem 16. März 1900 hat Paul Umbreit diese Zeitschrift seinen Stempel aufgedrückt. Unzählige Aufsätze, Artikelserien und Notizen sind in diesem Blatt von ihm erschienen. Sie dienten dazu, die große Massenbewegung der Gewerkschaften geistig zu formen und ihnen Richtung und Ziel zu weisen. Ein Artikel Paul Umbreits hatte Gewicht und war überdies im leichtverständlichen Sprache und vollendetem Stil abgefaßt. Er beherrschte die Theorie der Gewerkschaftsbewegung wie selten einer. Deshalb wurde er auch auf Gewerkschaftskongressen mit Referaten betraut. Auf dem Gewerkschaftskongreß in Köln 1905 sprach er über Arbeitskammern oder Arbeiterkammern. Das Problem Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung behandelte er 1911 in Dresden und der Nürnberger Gewerkschaftskongreß im Jahre 1919 nahm von Umbreit mit großem Interesse das Referat über die Sozialisierung der Industrie entgegen. Seit 1919 gehörte Umbreit dem Vorstand des ADGB an. So manchen ist er als Lehrer der Gewerkschaftsschule in Erinnerung. Zahlreiche Schriften zeugen davon, daß er die Gewerkschaftsbewegung von unten auf kannte und sie in jeder Form zu vertiefen und verteidigen wußte.

Seitdem der vorläufige Reichswirtschaftsrat besteht, war Umbreit in dieser Körperschaft

tätig. Einen erheblichen Teil seiner Freizeit hat er dem sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats gewidmet, dessen Vorsitzender er war.

Als Historiker der Gewerkschaften schrieb er: „25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung 1890—1915“; dann — als eine Fortführung dieser Arbeit — „Die deutschen Gewerkschaften



im Weltkrieg“ und schließlich — mit ähnlichem Titel, aber aus völlig neuem Guß — „Die deutschen Gewerkschaften im Krieg“, erschienen 1928 in den Veröffentlichungen der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Ein ungewöhnlich starkes Konzentrationsvermögen, das neben seinen anderen Gaben ihn zu einer so umfassenden Leistung geeignet sein ließ, berührte sich mit einem anderen Wesenszug, der ihn befähigte, mitten im Unwetter geschichtlicher Umwälzung seine Bahn ruhig weiterzuschreiten, den Blick unentwegt geradeaus gerichtet. Teils mitten im Kriege, teils zwischen Zusammenbruch, Revolution und Wiederaufstieg entstand eine Reihe von Schriften, die der Sozialpolitik unserer Tage die Bahn ebneten. Wir nennen: „Übergangswirtschaft und Arbeiter-

interessen“ (1917), „Arbeitskammern und Einigungswesen“ (1918), „Sozialpolitische Arbeiterforderungen der Gewerkschaften“ (1918), „Der gewerkschaftliche Wiederaufbau nach dem Kriege“ (1918), „Arbeitslosenversicherung“ (1919), „Der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft“ (1919), „Völkerbund und Internationales Arbeitsamt“ (1919).

„In der Tat“, so schreibt die „Gewerkschafts-Zeitung“, „keine Grenze schien diesem schöpferischen Geiste gesetzt. Dennoch wußte er sich wohl zu bescheiden, wo es galt, komplizierten Spezialfragen mit den Mitteln besonderer Schulung auf den Grund zu gehen. So wenig er geneigt war, vor einer neuen Aufgabe, die ihn der Dienst an der Gewerkschaftsbewegung stellte, zurückzuschrecken, so gern war er bereit, den Vorzug des Fachmannes mit besonderer Begabung und Vorbildung anzuerkennen. Während er mit Stolz davon sprach, daß er bei der Führung seiner Zeitung einst ganz auf sich angewiesen war, verwies er — in den späteren Jahren — zugleich mit Genugtuung auf den zahlreichen Stab geschulter Fachleute aus allen Wissensgebieten, die ihn als Mitarbeiter beistanden. Jedoch alles, was ihm beim Umgang mit Männern des einen oder anderen besonderen Fachkreises an neuen Erkenntnissen zufließ, verarbeitete er bei sich, um es in seiner Art für die Gewerkschaftsbewegung nutzbar zu machen. Die letzte Aufgabe, die ihn stark fesselte, war die Teilnahme an den Beratungen des Reichswirtschaftsrates über die Frage der Arbeitsbeschaffung. Seine letzte große Freude war der Wahlsieg am 13. März. Wenige Tage zuvor war er erkrankt, aber es machte ihn glücklich, daß er trotzdem zur Wahlurne gehen und seinen Stimmzettel abgeben konnte.

Zum letzten Male. Er hat es nicht gewußt. Er fühlte sich noch nicht am Ende. Gern sprach er bis in die letzten Tage hinein von Plänen und Ideen, die zu verwirklichen er sich noch vorgenommen hatte. Sie hätten noch für manches Jahr des Lebens ausgereicht. Der Tod aber hat all seinem Planen und Wollen ein Ziel gesetzt. Sein Platz ist leer, und wie werden Zeit brauchen, um uns an den Gedanken zu gewöhnen, daß er leer bleiben wird. Wir verneigen uns in dankbarer Ergebenheit vor dem toten Führer, ergreifen achmen wir Abschied von dem treuen Gefährten. Sein geistiges Vermächtnis bewahren wir als einen unerschöpflichen Schatz.“

5. Ausschußsitzung des ADGB

Am 22. März 1932 trat der Ausschuß des ADGB im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 5. Tagung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung gedachte Leipart in ehrenden Worten Paul Umbreit, der am 21. März mitten aus einer reichen Tätigkeit heraus uns entrissen worden ist.

Leipart leitete seinen Bericht mit einer Darlegung der Gründe ein, die den Bundesvorstand zu einer Verlegung des Termins für den außerordentlichen Gewerkschaftskongreß veranlaßt haben. Der Kongreß wird in der Woche nach dem 10. April stattfinden. Der Bundesausschuß stimmte der Verschiebung des Kongresses zu.

Die gewerkschaftliche Vertretung der Arbeitslosen wird noch auf lange Zeit hinaus eine der zentralen Aufgaben der Gewerkschaften sein. Der Bundesvorstand hat sich in seinen letzten Sitzungen besonders eingehend mit ihren Organisationsmöglichkeiten beschäftigt. Von seiten eines Verbandes war angeregt worden, eine besondere Organisation der Arbeitslosen im Anschluß an die Ortsausschüsse aufzuziehen. Nach Auffassung des Bundesvorstandes kommt eine besondere Organisation der Arbeitslosen nicht in Frage, vielmehr bleibt es Aufgabe der Verbände, die Beitragsbedingungen für ihre arbeitslos werdenden Mitglieder so zu erleichtern, daß sie ihre Mitgliedschaft in den Verbänden aufrechterhalten können. Zur geistigen und materiellen Betreuung der Arbeitslosen bei der Beschaffung von Mitteln und Arbeitsmöglichkeiten leisten die Ortsausschüsse bereits Außerordentliches. Gewerkschaftliche Arbeitslosen-Ausschüsse werden für die zweckmäßige Zusammenfassung der Arbeitslosen zu empfehlen sein. Die Verbindung mit allen Stellen, die sich der Vorsorge für die Arbeitslosen widmen, sollte von den Ortsausschüssen besonders gepflegt werden. Die jugendlichen Arbeitslosen müssen mit besonderer Hingabe betreut werden. Gerade

die letzte Aufgabe gehört zu den wichtigsten, vor die die Gewerkschaften gerade in dieser Zeit der Not gestellt sind. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes, der in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten stark propagiert wird. Die arbeitsmarktpolitischen und arbeitsrechtlichen Bedenken, die gegen die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes bestehen, sind im Märzheft der „Arbeit“ von Dr. Bruno Broecker behandelt worden. Es kommt darauf an, nur solche Arbeiten auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchführen zu lassen, die eindeutig zusätzliche Arbeiten sind und weder arbeitsmarktpolitisch noch arbeitsrechtlich eine Gefahr für die Arbeiter bedeuten.

In der Aussprache wurde von den Verbandsvertretern betont, daß alle Gewerkschaften sich nachdrücklich bemühen, die arbeitslos gewordenen Mitglieder durch Erleichterung der Beitragszahlung den Organisationen zu erhalten. Eine besondere Organisation der Arbeitslosen zu schaffen, wurde entschieden abgelehnt. Die Betreuung der Arbeitslosen muß in erster Linie eine Aufgabe der Verbände bleiben. Der Bundesausschuß war der Meinung, daß die Kommission für Verwaltungsreform eine einheitliche Stellungnahme vorbereiten soll.

In der Debatte wurde auch von einer Reihe von Verbandsvertretern darauf hingewiesen, daß bei Arbeitsanfall sehr häufig eine namentliche Anforderung von Arbeitskräften üblich ist. Gegen diese vom Gesetz zugelassene Praxis wurden Bedenken geltend gemacht, weil dadurch vielfach langfristig Arbeitslosen erschwert wird, wieder in Arbeit zu kommen. Demgegenüber wurde von seiten des Bundesvorstandes hervorgehoben, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur auf dem Wege des Tarifvertrages möglich ist, durch besondere Bestimmungen über die Benutzung der Arbeitsnachweise eine Aenderung zu erreichen.

Was der Faschismus verspricht und was er hält

(Schluß)

Die Korporationen

Der Korporativismus gliedert die Bevölkerung in Berufsvereinigungen. Er ist noch nicht durchgeführt, vorausgegangen ist ihm aber die Zerstörung der alten sozialistischen und katholischen gewerkschaftlichen Organisationen, der Genossenschaften und Konsumvereine. Ueber den Korporationen steht der Staat. Arbeiter, die in ihnen Mitglied werden wollen, müssen nach faschistischen Begriffen moralisch und politisch einwandfrei sein.

Die Korporationen haben folgenden Aufbau: Es gibt Organisationen der Unternehmer und Berufsverbände der Arbeiter und Angestellten. Diese müssen getrennt sein. Zwischen beiden steht die Korporation, eine Staatsorganisation. Die Verbände unterstehen auch der dauernden Überwachung und Kontrolle durch den Staat. Die gewählten Funktionäre brauchen die Bestätigung der Regierung, sie kann jederzeit widerrufen werden. Der Minister kann dem Verband die Verwaltung entziehen und einem Kommissar übertragen. Der Minister kann den Verwaltungsrat auf ein Jahr suspendieren. Dann herrscht der von ihm abhängige Vorsitzende oder Sekretär unbeschränkt.

Für jede Industrie- oder Berufsgruppe gibt es nur eine einzige anerkannte Organisation. Konkurrierende Verbände sind so gut wie ausgeschlossen. Wenn nicht mindestens 10 Prozent der Arbeiter der jeweiligen Berufsgruppe zu einem Verband zählen, wird dieser Verband von vornherein nicht zugelassen. Es wird selbstverständlich von vornherein unmöglich gemacht, daß sich 10 Prozent der Arbeiter zu einem neuen Verband zusammenschließen.

Die staatlich anerkannte Organisation ist berechtigt, allen Arbeitern, auch Nichtmitgliedern, jährliche Beiträge aufzuerlegen. Die Beiträge werden gleich vom Lohn abgezogen. Der vielversprechende Satz in der Arbeitsverfassung („Carta del Lavoro“): „Die berufliche Organisation ist frei“ entspricht also in keiner Weise den tatsächlichen Verhältnissen.

Insgesamt gibt es für Arbeiter und Unternehmer 13 Organisationsgruppen, und zwar die Landwirtschaft, die Industrie, der Handel, der See- und Lufttransport, der Landtransport und die Binnenschifffahrt sowie die Banken, jedesmal getrennt in Arbeiter- und Unternehmergruppen. Als 13. Gruppe gibt es dann noch die freien Berufe. Die staatliche Arbeitsvermittlung enthält gewissen Organisationszwang, sie geht so vor sich, daß diejenigen zuerst Arbeit bekommen, die am längsten in Partei und Organisation sind.

Das Idealsystem für deutsche Unternehmer

Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder betrug sich im Oktober 1928 auf 2,7 Millionen, die Zahl also, die stark genug wäre, um mit ihr Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewinnen. Davon ist in Italien jedoch nicht die Rede. Der höchste Stundenlohn für die besten Facharbeiter beträgt 41 Pfennig. An Sozialausgaben werden in Italien jährlich 3,50 RM je Kopf der Bevölkerung geleistet, während Deutschland jährlich je Kopf der Bevölkerung 38,50 RM und England sogar 7,50 RM leistet. Dies System der verringerten Soziallasten und verringerten Löhne ist es, was die deutschen Unternehmer herbeisehnen. Deshalb unterstützen sie Hitler und seine Partei.

Ein Beweis für den geistigen Zwang in Italien war die geheime Wahl der Betriebsräte im Jahre 1925. Infolge dieser geheimen Wahl ergab sich eine große Mehrheit für die sozialistischen Vertreter. Drei Monate später waren diese Betriebsräte jedoch aufgelöst und das Betriebsräterecht beseitigt.

Alles in allem läßt sich sagen, daß die italienische Korporation der Arbeitnehmer die staatliche berufliche Vereinigung im Interesse der Produktion zur Förderung der Pri-

vatwirtschaft ist, während bei uns die Gewerkschaft ein Verband zur Wahrung der Arbeits- und Lohninteressen ist. Die Korporation soll die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern im Sinne der Zusammenarbeit gestalten, während der Klassenkampf abgelehnt wird. Kollektive Verträge sollen abgeschlossen werden. Sie müssen die Produktion der Privatindustrie fördern.

Selbsthilfe in der Form von Sabotage, des Streiks oder der Aussperrung ist verboten und deshalb strafbar.

Der Staat herrscht

Neben diesem vertikalen Aufbau in 13 Säulen besteht noch die horizontale Verbindung, in der ausschließlich der Staat vorherrscht. Die horizontalen Verbindungen dürfen von den Berufsverbänden nicht abhängig sein. Sie sollen die eigentliche Brücke zwischen Arbeiter- und Unternehmerverbänden bilden. Ihre höchste Spitze ist der Nationalrat der Korporationen, deren Vorsitz der Minister der Korporationen hat. Die verbindenden Zentralorgane sind gesetzliche Staatsorgane und haben keinerlei Selbständigkeit. Das Wort Korporation für die Berufsverbände ist deshalb bewußt falsch gewählt, denn eine Korporation ist eine Vereinigung mit freiem Willen und eigenen Gesetzen, wovon in Italien jedoch nicht die Rede sein kann. Der Staat umklammert und beherrscht die berufsständigen Organisationen.

So sieht das italienische „Wahlrecht“ aus

Die oberste Stufe der Gesetzgebung bildet das berufsständische Parlament. Die 400 Vertreter dieses Parlaments werden nicht wie bei uns gewählt, sondern vom Großrat ernannt, jedoch haben die Korporationen ein Vorschlagsrecht für dies berufsständische Parlament. Die Korporationen machen 800 Vorschläge, und zwar nach einer ganz bestimmten Quote. Die Landwirtschaft stellt 24 Proz., die Industrie 20 Proz., der Handel 12 Proz., die Schifffahrt 10 Proz. usw. Davon schlagen die Unternehmerverbände eine ebenso große Zahl von Vertretern vor wie die Arbeitnehmer. Außerdem schlagen die faschistischen Organisationen der Eisenbahner, Lehrer und Beamten ebenfalls 200 Vertreter vor, so daß dem Großrat zur Auswahl der Sitze in der Kammer 1000 Vorschläge vorliegen. Aus diesen greift der Großrat der faschistischen Partei dann 400 Leute heraus. Die Wähler haben nur das Recht, diese geehrte und wieder geehrte Liste anzunehmen oder zu verwerfen.

Zu allem Überfluß ist auch das Wahlrecht in einer Weise beschränkt, die für das faschistische Regime günstig ist. Wähler können nur Mitglieder einer Berufsvereinigung sein, ferner müssen sie Steuerzahler mindestens 100 Lire an Gütern zahlen, oder sie müssen Beamte des Staats oder der Kirche sein. Das Wahlrecht ist nicht gesichert, so daß es, z. B. bei der Wahl im Jahre 1929 insgesamt 95 Proz. der Wähler die Vorschlagsliste annahm. Es würde den Wählern auch ganz nützen, die Liste abzulehnen, denn neue Vorschläge würden ebenfalls wieder durch die staatlich geleiteten Berufsvertretungen vorgenommen. Die Minderheit bekommt in dem Falle ein Viertel der Sitze, die Mehrheit drei Viertel. Die Minderheit hätte selbst mit diesem Ergebnis nichts gewonnen, denn die Tagesordnung der Kammer wird ausschließlich von Mussolini bestimmt.

Eine Stütze der Privatwirtschaft

Der faschistische Staat betreibt nur wenige wirtschaftliche Unternehmungen. Der von Mussolini eigenständig angelegte Grundsatz im Arbeitsgesetz lautet: „Der korporative Staat betrachtet die private Initiative auf dem Gebiet der Produktion als das wirksamste und nützlichste Instrument im Interesse der Nation.“

Das Prinzip ist also privatkapitalistisch. Mussolini verlangt zwar von den privaten Eigentümern der Produktionsmittel viel Geld, insbesondere für die Jugendorganisationen, aber er gibt ihnen die Garantie, daß ihnen im übrigen nichts geschieht. Wenn den italienischen Unternehmern auch manche staatliche Zwangsmaßnahmen, z. B. anlässlich der großen Bankpleiten im vergangenen Jahre, nicht paßt, so hat Mussolini ihnen aber doch gegeben, was keine Privatindustrie der Welt besitzt: die absolute Sicherheit gegen Arbeitskämpfe und Streiks. In der Streikverhinderung sieht er die eigentliche Prüfung, den eigentlichen Befähigungsnachweis des Fachismus.

Was lehrt uns Italien?

Wir haben also vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus den Faschismus als den Tod-

Der Staat als Unternehmer

Dr. Hans Staudinger, Staatssekretär im Preuß. Ministerium für Handel und Gewerbe, Wirtschaftspraktiker und gelehrter Theoretiker zugleich, schrieb das Buch über Prinzip und Leistungen der öffentlichen Wirtschaft!

In allen am deutschen Wirtschaftsleben interessierten Kreisen steht die Frage der öffentlichen Hand, das Problem, ob die „öffentliche Hand“, der Staat, die öffentlichen Verbände selbst wirtschaften sollen oder dürfen, im Mittelpunkt leidenschaftlichster Diskussion. Die einen streiten dem Staat hierzu jedes Recht und jede Fähigkeit ab, die anderen verlangen gобieterisch seinen Eintritt in die Reihe der Produzenten, um preisregulierend und beispielgebend auf die private Wirtschaft einzuwirken. Dieses Problem — keineswegs auf Deutschland allein beschränkt — wird aus der öffentlichen Diskussion sobald nicht verschwinden, wird vielmehr immer ausgesprochener zur Haupt- und Grundfrage werden.

Es fehlte aber bisher das Werk, das klar und sachlich, sachverständig und jeder Parteinahme und Demagogie abhold, aufzeigt, was an öffentlicher Wirtschaft überhaupt vorhanden ist.

Alle wirtschaftlich und politisch interessierten Leser werden die Bedeutung der Tatsache zu würdigen wissen, daß mit Staatssekretär Dr. Staudinger ein Mann dieses Buch geschrieben hat, der anerkannter Wissenschaftler und souveräner Beherrscher des Stoffes, zugleich aber Praktiker an der Stelle ist, die heute in Deutschland die bei weitem überwiegende Masse staatlicher Unternehmungen in sich vereint.

Der reaktionäre Kurs bleibt

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist zu einer wirtschaftspolitischen Tagung zusammengetreten. Man wandte sich gegen die englischen Schutzzölle und stellte fest, daß die Grundlage des deutsch-englischen Handelsvertrages einseitig zu Ungunsten Deutschlands verschoben worden sei. Von der Reichsregierung wird erwartet, daß die deutsche Industrie durch diese einseitige Vormachtstellung Englands nicht geschädigt würde. Bezüglich der sozialpolitischen Fragen hat man der alten Kurs festgehalten. Es müsse nach Meinung des Präsidiums des Reichsverbandes „auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen ein Zustand geschaffen werden, der freie Vereinbarungen über Arbeitslohn und Arbeitszeit ermöglicht“. Man glaubte diese Forderung durch den Zusatz schmackhafter zu machen, daß dadurch mehr Arbeitskräfte wieder Beschäftigung finden könnten. Daß letzteres keineswegs bewiesen ist, steht fest. Die seit einem Jahr eifrig betriebene Herabsetzung der Löhne hat die Krise keineswegs gemildert, sondern nur verschärft. Es ist bezeichnend, daß der Reichsverband der deutschen Industrie den reaktionären Kurs innehält und ihm immer wieder in öffentlichen Verlautbarungen betont.

Vor allem Sicherheit

Konkrete Forderung ist dieser Grundsatz für alle Werktätigen, die mit mühsam ersparten Summen die Beiträge für die Lebensversicherung, die Sparkasse und ähnliches leisten. Sie wird jetzt mit besonderem Nachdruck erhoben, weil Vorgänge im Wirtschaftsleben die Bevölkerung zu gesteigerter Vorsicht ermahnen haben.

Die Volksfürsorge, das Versicherungsunternehmen der Arbeiterschaft, hatte Ende 1931 ein Vermögen von ca. 170 Millionen Reichsmark, das zum überwiegenden Teil Eigentum der Versicherten ist. Sie muß bei der Anlage dieses Vermögens selbstverständlich die gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheiten beachten, bemüht sich aber mit Erfolg, die schon dadurch gegebenen Sicherheitsfaktoren durch besonders vorsichtige Kapitalanlagen — die gleichzeitig auch den sozialen und gemeinnützigen Bestrebungen des werktätigen Volkes nutzbar gemacht werden — noch zu vermehren.

Nachdem kürzlich über die anderen Finanzinstitute der Arbeiterschaft ähnliches be-

feind der gewerkschaftlichen Organisation, der Demokratie, der Sozialversicherung und des Kampfes der Arbeiterklasse für ein besseres Wirtschaftssystem anzusehen.

Die faschistischen Gewerkschaften sind nichts weiter als bürokratisch geleitete Staatsorgane zum Schutz des Privatkapitals. Als solche sind sie auf dem Juristenkongreß von faschistischen Führern, auch vom Justizminister in der Kammer bezeichnet worden.

Die Schlußfolgerung für Deutschland besteht darin, aus dem jetzt noch zweifelhaften und zum Teil lahmegelegten demokratisch-parlamentarischen System eine arbeitsfähige gesetzgebende Körperschaft zu machen, die der deutschen Arbeiterklasse bessere Lebensverhältnisse sichert.

Das muß bei allen Wahlen unser Ziel und unsere Aufgabe sein.

Staatssekretär Dr. Staudinger ist Mitschöpfer und Mitorganisator des gewaltigen preussischen staatlichen Netzes von Kohlen, Kali, Erz, Petroleum, Elektrizität, Hafenwirtschaft, Luftschifffahrt- und Industrieunternehmungen und damit wie kein zweiter berufen, die Rolle des Staates als Unternehmer zu schildern. Die besondere Bedeutung des Buches erhellt auch daraus, daß es vom Preuß. Minister für Handel und Gewerbe Dr. W. Schreiber, durch eine sehr interessante längere Vorrede eingeleitet wurde.

Mit diesem Buch wird sich jeder, der sich für oder wider mit der uns alle bewegenden Frage der öffentlichen Wirtschaft auseinandersetzt, beschäftigen müssen. Er wird ohne das gewaltige Material, das durch dieses klar und völlig gemeinverständlich geschriebene Buch vermittelt wird, künftig nicht mehr mit dem Anspruch auf Sachkunde Stellung nehmen können. Käufer dieses Buches ist deshalb jeder Aktiendirektor, Montanindustrieller, Volkswirt, Politiker, überhaupt jeder Staatsbürger, der nach eigener Urteilsbildung strebt.

Dieses aufsehenerregende Werk wird die Diskussion der nächsten Monate beherrschen und darüber hinaus das Standardwerk der öffentlichen Wirtschaft werden und bleiben.

Der Staat als Unternehmer, von Dr. Hans Staudinger, Staatssekretär im Preuß. Ministerium für Handel und Gewerbe. Mit einer Einleitung des Preuß. Ministers für Handel und Gewerbe, Dr. W. Schreiber. Preis: 3,50 RM, Volksausgabe 1,25 RM. Verlag: Gersbach & Sohn, Verlag, Berlin W 35.

richtig werden konnte, ist es immer wieder angebracht, diese Unternehmungen zur Inanspruchnahme zu empfehlen. Auf die Volksfürsorge bezogen, muß es also heißen: Für Lebensversicherungen — nur die Volksfürsorge!

Paul Löbe: Gruß an den „Volksfunk“

Vielleicht werden kommende Jahrhunderte die drahtlose Rundfunksendung in ihrer Bedeutung der Erfindung der Buchdruckerkunst an die Seite stellen. Wie diese das geschriebene Wort in tausendfacher Vervielfältigung zur Kenntnis der breiten Massen brachte und damit die Bildungsprivilegien einer gelehrten Oberschicht erschütterte, so trägt der Rundfunk das gesprochene Wort zu den Millionen hinaus und macht sie so zu Zuhörern, ja oft Teilnehmern vieler wichtiger Ereignisse auf dem ganzen Erdball. Und ist erst einmal das Hindernis der Sprachverschiedenheit durch die Kenntnis einer allgemeinen Weltsprache überwunden — auch das ist nur eine Frage der Zeit — dann kann die Menschheit wie eine große Familie miteinander sprechen und dabei werden viele Vorurteile und Mißverständnisse fallen, welche heute die Völker entzweiten. Aber schon heute ist der Rundfunk im Hause der Vermittler zwischen dem Einzelmenschen und dem großen Weltgeschehen und vieler Kulturerrungenschaften. Möge der „Volksfunk“ ein tapferer Pionier auf diesem Wege sein.

Der „Volksfunk“ die große Funkillustriert des schaffenden Volkes, kann für 0,90 RM monatlich und 0,06 RM Zustellgebühr bei der Post, wie auch bei jeder Buchhandlung bestellt werden. Oder beim Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68.

Berichtigung

zu dem Artikel „Wie muß der vielmehrtritten § 95 in Verbindung mit § 105 AVAVG. ausgelegt werden?“

Absatz 2 muß lauten: „Der Arbeitslose muß also 26 Kalenderwochen (182 Tage) ununterbrochen in versicherungspflichtigen Betrieben gearbeitet ...“

Absatz 4 muß heißen: „Eine strittige Frage ist die, ob die Sonntage in die 26wöchige Beschäftigungsdauer mit eingerechnet werden sollten. Hat die Arbeit am Montag begonnen, so ist der Sonntag mitinzurechnen.“ E. Wiessenhütter.



LINDCAR-FAHRRÄDER AB 62,— RM
LINDCAR-NÄHMASCHINEN AB 141,— RM

WOCHENRATEN AB 2.— MARK

VERLANGT DEN HAUPTKATALOG!

LINDCAR-FAHRRADWERK AG., BERLIN-LICHTENRADE, GEWERKSCHAFTSUNTERNEHMEN



Ein Kapitel zur Mechanisierung der Glasindustrie / Von Edwin Nenninger

Der Facharbeiter der Glasindustrie mit seinem Können, seiner Berufserfahrung, seinem Fleiß und seiner Tüchtigkeit wird in der Flaschen- und in der Tafelglasindustrie immer mehr von der Maschine verdrängt. Dieses geist- und seelenlose Wesen mit seinen sechs, zehn und noch mehr Armen, seiner Leistungsfähigkeit, seiner ungeheuren Schaffenskraft, seiner automatischen Sicherheit übernahm die Tätigkeit des Mundbläfers in den großen Glasindustriewerken der Lausitz, Mitteldeutschlands, Sachsens, des Rheinlands und des Saargebiets. Tausende von Flaschen- und Tafelglasmachern verloren dabei ihre Arbeitsstelle, und einer erheblichen Anzahl Hütten und Schleifereien in waldumäumten idyllischen Gebirgstälern wurde die Existenz vernichtet. Die Ermittlungen über die Flaschenindustrie geben davon in folgender Weise Kunde:

Im Jahre 1913/14 gab es in Deutschland noch 46 arbeitende Flaschenhütten; eechzehn Jahre danach waren nur noch 17 konzernmäßig erfaßte und gebundene übriggeblieben. Inzwischen würgte die Krise auch davon noch einige. Ganze Städte und Dörfer mit Flaschen- und Tafelglashütten wurden durch die Entwicklung von der Handarbeit zur Maschine in Mitleidenschaft gezogen, so Porta, wo einst 600, Brackwede, wo sonst 450 Flaschenmacher ihre Tätigkeit verrichten konnten. Seit Jahren sind die Leute nun schon arbeitslos. Am härtesten wurde wohl die Stadt Radberg bei Dresden betroffen; denn dort liegen nun schon seit Jahren über 2000 einst handarbeitende Tafelglasmacher auf der Straße, weil die Mundbläshütten der Maschinenkonzurrenz nicht standhalten konnten und deshalb die Feuer löschen und die Tore schließen mußten. Sie hatten die Zeit verpaßt und nicht mehr die finanzielle Kraft, sich umzustellen. Der Uebergang von der Handarbeit bzw. vom Mundblasverfahren zur maschinellen Glaserzeugung vollzog sich in der Tafelglasindustrie in knapp vier Jahren; bei der Flaschenindustrie dauerte es länger, aber die besonderen Härten für diese traten dadurch in Erscheinung, daß in den letzten Jahren noch die paar letzten handarbeitenden Flaschenhütten auf Maschinenarbeit umgestellt bzw. gelöst werden mußten.

Verwunderlich ist es gerade nicht, wenn die Glasindustriellen der Maschinenarbeit den Vorzug einräumen. Sie bringt ihnen eben mehr Profit. Für sie ist maßgebend, daß mit weniger menschlichen Arbeitskräften eine höhere Leistung vollbracht und daß eine schärfere Produktionsstättenausnutzung ermöglicht wird. Einige Gegenüberstellungen mögen Aufschluß geben.

Ein Flaschenmacher rackert sich bei achtstündiger Arbeitszeit halbtot, wenn er 250 bis 300 verwendbare Flaschen herstellen will. Sein „Kollege“ aus Eisen, die zehnarmlige Owens-Maschine, erzeugt mit 21 Mann Bedienung im Durchschnitt 45 000 verwendbare

Flaschen in 24 Stunden. Die Menschen- und Maschinenleistung zusammen liegt also um rund 30 000 Stück Flaschen in 24 Stunden höher als die reine Handflaschenmacher-Leistung. Das ist das für die Fabrikanten Anregende und imponierende. Die zehnarmlige Owens-Maschine stellt jedoch noch keineswegs das größte Leistungswunder dar. Ihre Riesenschwestern mit 15 und gar 24 Armen überflügeln sie in außereuropäischen Ländern noch weit. Die 15-armige Owens-Maschine und gleichartige andere Typen liefern dem Fabrikanten in 24 Stunden 60 000 gute Bierflaschen oder bis zu 200 Stück kleine Flaschen in der Minute oder auch Syphonflaschen für fünf zehn Atmosphären Druck. Eine Maschine anderer Art ist in der Lage, für die Ostram-Gesellschaft in 24 Stunden 45 000 Stück Normalformkolben (Glühlampenkolben) zu fabrizieren. Neben diesen Leistungsriesen gibt es noch kleinere halbautomatische Maschinentypen, die auch schon in der Lage sind, in einer Normal-schicht 1500 Flaschen, also 700 Stück mehr herzustellen als drei Flaschenmacher im Mundblasverfahren fertigbringen.

Das sind nur einige Einzelheiten über Maschinen, die in den Flaschenhütten bei Massenerstellung der menschlichen Arbeitskraft überlegen sind. Die Gesamtwirkung dieser Vorgänge läßt sich auch noch an einigen anderen Zahlen nachweisen.

In Deutschland begann die Mechanisierung der Flaschenindustrie 1906/07. Seinerzeit waren noch insgesamt 17 000 Personen in diesem Industriezweig tätig, mit denen im Jahr 500 Millionen Flaschen erzeugt wurden. Bis zu den Jahren 1913/14 hatte sich infolge Einführung weiterer Maschinen die Zahl der Beschäftigten schon auf 13 000 verringert; die Produktion war jedoch auf 581 Millionen Flaschen gestiegen. In den Nachkriegsjahren konnte infolge ständigen Ausfuhrückganges die vorhandene Produktionskapazität nicht voll ausgenutzt werden. Im Jahre 1929 beirug die Maschinenkapazität 496,2 Millionen Flaschen und die der noch tätig gewesenen 1915 Flaschenmacher 143,6 Millionen Flaschen. Dieser Stand änderte sich inzwischen zugunsten der Maschine noch mehr. Die vorhandene Kapazität wurde nur zu 60 Prozent ausgenutzt, d. h. es wurden im genannten Jahre nur 420 Millionen Flaschen produziert, wobei 11 072 Personen aber keineswegs das ganze Jahr über beschäftigt waren. Die Wandlung von der Handarbeit zur Maschinenarbeit in der Glasindustrie vollzog sich nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Staaten der Welt. Nach einer Statistik des Kollegen Karl Müller, Hannover, aus den Ländern: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Holland, Oesterreich, Schweden und der Tschechoslowakei waren von den 1913 und 1914 noch schaffenden 13207 Handflaschenmachern nur noch 2222 im Februar 1931 beschäftigt. Dagegen standen zum gleichen Zeitpunkt 69 Libbey-Owens, 219 sonstige vollauto-

matische und 201 halbautomatische Maschinen. Nach dieser Entwicklung kann es nicht mehr lange dauern, bis die Maschine die Handarbeit in den Flaschenhütten für Massenprodukte völlig verdrängt hat. In den anderen Hohlglashütten versuchen die Unternehmer vor allem mit halbautomatischen Maschinen den Handarbeiter zu verdrängen. Zum Glück lassen sich die bestehenden Hindernisse nicht so leicht überwinden wie bei der Flaschen- und Tafelglasindustrie, wie beim Kolbenmachen und Röhrenziehen.

Am raschesten nahm die Maschine von der Tafelglasindustrie Besitz. In der verhältnismäßig kurzen Zeit von 1925 bis 1929 war die Mechanisierung dieses Industriezweiges bis auf die noch notwendige Spezialproduktion bestimmter Glassorten fast vollständig durchgeführt. Das Endergebnis ist, daß nur wenige Glashütten und bedeutend weniger Arbeiter als im Handarbeitsverfahren den gestiegenen Bedarf zu decken vermögen.

Wo in Tafelglashütten die Ofen unter Feuer stehen, dort quillen aus den Wannen unablässig flüssige Glasläufe zwischen die Walzen der Streckmaschinen, langsam bewegen sie sich weiter, erkalten allmählich zu glitzernden Glasbahnen in bestimmter Breite und Dicke. Am Ende des Streckweges wird die Bahn mit dem Diamanten geritzt, die Glasplatten werden abgebrochen und beiseitegestellt. Das geht Stunde um Stunde, Schicht um Schicht unaufhörlich. Die Menschen sind nur für die Zufuhr der Rohstoffe, zum Beaufsichtigen der Apparatur, zur Kontrolle des Glasstreifens, zum Abschneiden und Abbrechen der Platten da, und wenn unbekannte Kräfte dem kontinuierlichen Fabrikationsgang Einhalt gebieten. Das ist dann der Moment, wo menschliches Können wieder zur Geltung kommt, wo es unentbehrlich ist. (Schluß folgt.)

Kollegen Walter für seine dem Verband geleisteten Dienste ein gutes und treues Andenken bewahren.

Penzig

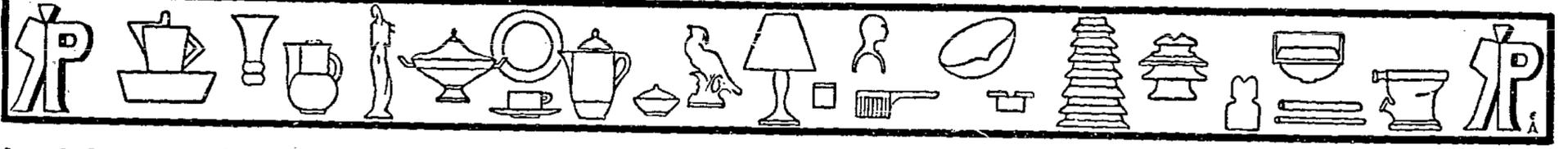
Die sattsam bekannte Firma Phoenix mit ihrer Betriebsleitung hat längst den Ruf erworben ein gerechter Arbeitgeber zu sein. Willkürherrschaft nach dem Muster des phantasiereichen „Dritten Reiches“ spielt mit dem Glück und Gesundheit der Arbeiterschaft. Heute so, morgen so, wie es paßt, Hauptsache ist Lohn und Druck und Schikanen. Mündliche Vereinbarungen werden nicht gehalten. So wechselt das Schicksal für die Arbeiterschaft von Tag zu Tag. Nur nicht sein Recht verlangen, sonst hat der Arbeiter am längsten im Betriebe gearbeitet. Den Betriebsrat sieht man nur gern, wenn er für die Pläne des Lohnabbaues zu haben ist. Sonst will man denselben nicht anerkennen. Mit diesen Schikanen glaubt man, die Betriebsvertretung und die Belegschaft müde zu machen. Ein Buch könnte über die schikanöse Behandlung der Belegschaft geschrieben werden. Seitdem das jetzige Direktorium am Ruder ist, ist das so. Hat man neue Sorten, so kommt man mit der Stoppuhr, stoppt 10 Minuten die Leistungen ab, multipliziert und der Stücklohn ist fertig. Man klagt immer, man hat kein Geld, nur die billigsten Kräfte können weiter beschäftigt und bis zum Letzten ausgenutzt werden. Wenn aber bürgerliche Sportler nach ihren Wettkämpfen einen Tag Ruhe bekommen, da werden dieselben dafür bezahlt. An der Belegschaft und ihrer Geschlossenheit wird es liegen, zu gegebener Zeit das Joch abzuschütteln, um den Schikanen und Schmarotzerwesen ein Ende zu machen.

Schleusingen

Die Glashüttenwerke Ernst Witter AG. in Unterneubrunn haben einen Teil ihres Betriebes zur Stilllegung angemeldet. Von der vorhandenen Belegschaft, welche bis zur Zeit ungefähr 230 Personen umfaßt hat, werden gegen 120 Kollegen und Kolleginnen in das Lager der Erwerbslosen hinübergezogen. Wie überall, so steht auch hier die Kollegenschaft den Gründen, welche zur Stilllegung führen sollen, sehr mißtrauisch gegenüber. Sie ist nicht immer davon zu überzeugen, daß Stilllegungen oder Einschränkungen wegen Auftragsmangel vorgenommen werden, sondern man neigt mehr der Meinung zu, daß es sich mehr oder weniger um das Umgehen des Tarifes hinsichtlich der Urlaubsfrage handelt. Der Standpunkt der Kollegenschaft ist nicht gut zu widerlegen, denn gerade sie hat schon seit Jahren einen bitteren Kampf zu führen, um in den Genuß ihres Urlaubs zu kommen. Es ist, nachdem fast der gesamte Thüringer Wald als Notstandsgebiet erklärt ist, für die Orte des Schlußgrundes von tiefeinschneidender Bedeutung, sofern die in Aussicht genommene Einschränkung Tatsache werden würde.

Oberneubuch/Laabberthal

Am 10. März verschied nach dreimonatiger schwerer Krankheit unser Kollege Jos. Walter, Glasschleifer in Schönhofen, im 57. Lebensjahr. Kollege Walter war noch einer von denen, die unsere Zahlstelle und jetzige Ortsgruppe Oberneubuch gründeten, seit 30 Jahren war er unermüdet für die Ortsgruppe und Organisation tätig, zuletzt als Schriftführer und Hilfskassierer. Er war einer der eifrigsten Versammlungsbesucher und konnte recht böse werden, wenn Berufskollegen den Versammlungen und der Organisation gleichgültig gegenüberstanden. Trotzdem er schon lange an einem schweren Leiden litt, versah er noch den Posten als Einkassierer. Möchten sich unsere jungen Kollegen ein Beispiel daran nehmen und eine Lehre daraus ziehen, daß es ihre Pflicht ist, das, was unsere alten Kollegen erkämpft haben, auch zu erhalten und noch besser auszubauen. Die Kollegen der Ortsgruppe Oberneubuch werden ihrem dahingeshiedenen



Ausfuhrentwicklung für Porzellan und Steingut

(Schluß.)
Relativ noch günstig steht die Position 733e (Porzellanköpfe, Pfeifenköpfe usw.). Wenn die Ausfuhrmenge in dieser Position auch nur einmal die Menge des letzten Vorkriegsjahres 1913 erreicht hat, so kann man doch feststellen, daß selbst im Krisenjahr 1931 immer noch über 4000 Dz. mehr ausgeführt wurden als 1912.

Der Vollständigkeit halber wollen wir auch, obwohl sie der Menge nach weniger ins Gewicht fällt, die Position 733f (Apparate für chemische Zwecke) nicht unerwähnt lassen. Dem Wert nach ist diese Position die erste. Hier ist der Rückgang katastrophal. Vergleichsmöglichkeiten mit der Vorkriegszeit bestehen leider nicht. Einer Ausfuhr von 1504 Dz. 1923, und 1526 Dz. 1921, steht eine Ausfuhr von 113 Dz. 1926, 48 Dz. 1927, 81 Dz. 1928, 36 Dz. 1929, 41 Dz. 1930 und 11 Dz. 1931 gegenüber. Der Wert des Doppelzentners ist allerdings von 1923 bis 1930 von 454,— RM im erstgenannten Jahre auf 931,— RM im letztgenannten gestiegen. 1931 ist er leicht, auf 909,— RM, zurückgegangen. Es hat den Anschein, als ob das Ausland im Laufe der Jahre mehr und mehr gelernt hat, weniger komplizierte Apparate selbst herzustellen, und daß es nur um allerkompliziertesten aus Deutschland bezogen wird.

Bei einem Vergleich der Vorkriegspreise mit den Nachkriegspreisen dürfen keine falschen Schlußfolgerungen gezogen werden. Die höheren Preise der Nachkriegszeit ergeben sich in der Hauptsache aus dem Umstand, daß sich die Art und Qualität des Exports in der Nachkriegszeit wesentlich geändert hat. Nach dem Krieg tauchte auf dem Weltmarkt die

Konkurrenz von Ländern auf, die in der Vorkriegszeit keine oder eine geringe feinkeramische Industrie aufzuweisen hatten. Die deutsche Industrie mußte, um sich zu behaupten und annehmbare Preise zu erzielen, zur Ausfuhr von Qualität kommen. Auch die

Waren, die für weniger bemittelte Käufer-schichten bestimmt waren, mußten qualitativ besser sein, als die Angebote der Konkurrenz. Darin lag der Vorteil der deutschen Porzellanindustrie.

Zum Schluß soll nicht unerwähnt bleiben, daß ein Teil der Mengenverluste besonders bei Geschirrwaren zu erklären ist aus der

Tatsache, daß Geschirr, schon um die Zoll-mauern leichter überspringen zu können, wesentlich dünnwandiger, daher leichter hergestellt wurde als in der Vorkriegszeit.

Anschließend folgen die Tabellen über die Ausfuhr von 1912 bis 1931. Sie werden jedem Porzellanarbeiter zur eingehenden Beachtung empfohlen.

Ausfuhr aus Deutschland im Spezialhandel

Mengen in Dz. = 100 kg Wert in 1000 RM Wert ein 1 Dz

| Nr. Stat | Warengattung | 1913 Menge | 1922 Menge | 1924 Menge | 1926 Menge | 1928 Menge | 1929 Menge | 1930 Menge | 1931 Menge |
|----------|---|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| 730 | einfarbig | 122 058 | 73 856 | 147 195 | 142 341 | 181 619 | 150 892 | 155 265 | 155 257 |
| 731a | Ziergefäße, Figuren u. ähnliche Luxusgegenstände . . | 6 455 | 6 674 | 3 913 | 7 264 | 12 026 | 13 769 | 17 656 | 10 858 |
| 731b | Geschirr und andere Waren aus Steingut | 190 455 | 103 710 | 88 650 | 118 426 | 119 311 | 102 277 | 96 338 | 72 096 |
| 733a | Porzellanisolatoren für Telegraphen oder Fernsprecheinrichtungen | 96 861 | 61 220 | 69 688 | 58 895 | 61 349 | 85 293 | 69 310 | 56 696 |
| 733b | Tafelgeschirr u. and. Waren aus weißem Porzellan | 22 812 | 11 599 | 5 912 | 16 964 | 23 234 | 35 324 | 24 859 | 21 065 |
| 733c | Porzellan farbig, weiß und farbig in Verb. mit anderen Stoffen, Tafelgeschirr | 352 173 | 254 596 | 382 511 | 395 375 | 325 896 | 311 255 | 230 615 | 163 270 |
| 733d | Porz. Ziergefäße, Figuren u. ähnl. Luxusgegenstände . | 71 758 | 19 464 | 26 674 | 30 450 | 25 451 | 23 466 | 22 327 | 16 365 |
| 733e | Porzellanköpfe, Tabakpfeifenköpfe u. and. Porzellanw. | 36 838 | 17 563 | 17 269 | 23 205 | 18 967 | 39 098 | 35 733 | 22 982 |
| 733f | Apparate zu chem. Zwecken, Porzell. auch in Verb. mit Stoffen aller Art | — | 1 199 | 1 526 | 143 | 81 | 36 | 44 | 11 |
| | Steingut 730—731 b | 318 968 | 184 240 | 239 759 | 268 031 | 262 956 | 266 878 | 269 259 | 238 211 |
| | Porzellan 733 a—733 f | 580 443 | 365 641 | 503 550 | 525 032 | 454 978 | 494 417 | 382 888 | 280 989 |

Japanische Konkurrenzkniffe

Die „Prager Presse“ veröffentlichte kürzlich folgende von porzellanindustrieller Seite eingegangene Zuschrift:

„Der Verzollung von Porzellan tschechoslowakischer und auch deutscher Herkunft wird in den Vereinigten Staaten der Wert der Ware im Inland zugrundegelegt; der Verkaufspreis darf nicht niedriger sein, als der Preis im Erzeugungsland, sonst wird ein erhöhter Zoll eingehoben.“

Die japanische Porzellanindustrie hat sich nun bei der Verzollung in USA eine originelle Methode zurechtgelegt. Sie bietet Waren manchmal auch ohne Bestellung irgend einem japanischen Geschäftsbüro billig an und läßt sich die Waren zurücksenden. Dadurch hat sie einen Beleg in Händen, daß die japanischen Heimatpreise richtig sind. Auf diese Art kann den nach den Vereinigten Staaten importierten japanischen Porzellanfabriken kein Anstand gemacht werden, wenn sie niedrigere japanische Inlandpreise als die tschechoslowakische Porzellanindustrie bei der Verzollung nachweisen. Dadurch verzollen die Japaner ihre Porzellanwaren niedriger als andere Importstaaten. So wurde bis vor kurzem aus Europa eine große Menge Porzellan fittings nach USA exportiert. Es kostete eine bestimmte Sorte 34 bis 38 Cents je Gros eif New York. In Japan wurde dieser Artikel imitiert, dann wurde dort der heimische Wert festgesetzt und offeriert nach USA zu 17 Cents je Gros erstellt. Die Japaner haben damit das ganze Geschäft in diesem Artikel an sich gezogen. Eine Fabrik für kosmetische Präparate bezog Tiegel für Creme aus Europa. Vor kurzer Zeit wurden die Preise für Creme herabgesetzt, die amerikanische Firma ersuchte den europäischen Lieferanten um Preis senkung, damit der Preis je Dutzend Tiegel eif New York inklusive Zoll- und Hafenspesen

1,15 Dollar betrage. Die japanische Konkurrenz brachte die Sache in Erfahrung, offerierte die Tiegel zu 1,05 Dollar, und als das Offer nicht sofort akzeptiert wurde, hat der japanische Erzeuger den Preis auf 95 Cents ermäßigt. Ein amerikanisches Importhaus, welches bedeutende Mengen Porzellanwaren aus der Tschechoslowakei seit Jahren bezieht, hatte Absatz für bestimmte Vasen, die im Detail zu 50 Cents verkauft wurden. Bei diesem Preis geriet der Absatz ins Stocken, weshalb der amerikanische Importeur seine Lieferanten ersuchte, den Preis zu reduzieren. Noch bevor das reduzierte Offer aus Europa eintreffen konnte, haben japanische Porzellanfabriken die gleichen Vasen zu 6,75 Dollar je Gros offeriert so daß diese Vasen im Detail zu 10 Cents verkauft werden können. Gegen derartige Preisunterbietung der Japaner bleibt die übrige Welt machtlos.

Selb in Not

Von der Not in Selb ist an dieser Stelle schon oft berichtet worden. Kürzlich gaben wir erst die Mitteilung wieder, daß die Stadt ihren Beamten keine Gehälter mehr zahlen kann. Die Verhältnisse sind inzwischen nicht besser geworden. Nach wie vor herrscht Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in höchstem Maße. In den Familien der Betroffenen sieht es trostlos aus. Die Not schreit zum Himmel. Die Elendswelle zieht auch die Kinder in Mitleidenschaft. In welcher Weise, das geht aus dem Bericht des Schularztes für die Volkshauptschule vom Schuljahr 1930/31 hervor.

Nach ihm wurden 1590 Schulkinder untersucht, davon waren in gutem Ernährungszustand 365 Kinder = 23 Prozent, in mittlerem bis genügendem Ernährungszustand 890 Kinder = 56 Prozent, in ganz mäßig bis schlechtem Ernährungszustand 335 Kinder = 21 Pro-

zent. Erkrankungen der Atmungsorgane wurden bei 189 Kindern festgestellt, mit Tuberkulose belastet — soweit festgestellt werden konnte — waren 176 Kinder; Skrofulosefälle wurden 142 festgestellt.

Der Ernährungszustand hat sich im allgemeinen etwas verschlechtert insoweit, als der Prozentsatz der nur mäßig bis ungenügend ernährten Kinder von 17 Prozent im Vorjahre auf 21 Prozent sich erhöhte. Das ist ein Umstand, der wohl auf das verminderte Arbeits-einkommen der Eltern zurückgeführt werden dürfte.

Bei der Röntgenuntersuchung der in die Schule neu aufgenommenen Kinder fanden sich 5 Fälle von abgeheilten, verkalkten, tuberkulösen Herden in den Lungen vor. Auf Tuberkulin Moro reagierten in den ersten Klassen 36 Prozent positiv und 74 Prozent negativ, in den achten zur Entlassung kommenden Klassen 54 Prozent positiv und 46 Prozent negativ.

Viele Familien müssen von den kargen Wohlfahrtsunterstützungen vegetieren, die Kinder können sich nicht immer satt essen. Es wäre zu wünschen, daß die Reichspräsidentenwahl das Vertrauen des Auslandes zum Deutschen Reich wiederherstellte, damit die Völker zu einer internationalen Verständigung kommen, um bald wieder Brot und Arbeit zu schaffen.

Wenn schon im Jahre 1930-31 die Schulkinder so stark gesundheitlich benachteiligt wurden, wie schlimm muß es bei ihnen erst im Jahre 1931-32 werden, wo sich die Lebenslage der Arbeiterschaft so stark verschlechterte.

Holland

Der Zollkrieg der Länder führt nun auch dazu, daß Holland für die Zeit vom 1. März bis 31. Mai d. J. die Einfuhr von Porzellan, Steingut und Steingugplatten aus allen Ländern verbietet. Das bedeutet, daß die Porzellan- und Steingutindustrie, die nach Holland noch halb-

wogs Absatz hatte, wieder stark im Export gehemmt wurde. Export ist gegenwärtig eine dringende Lebensnotwendigkeit für die feiner keramische Industrie, wenn aber so gute Absatzländer wie Holland zu, wenn auch kurzen, Einfuhrverboten greifen, so kann es nicht besser werden. Jeder Ausfall eines Landes häuft die Schwierigkeiten und verschlechtert die Lage. Die Krise ist noch nicht beendet, und der Weg noch nicht frei zu einem Widerantrieb der Wirtschaft. Die Maßnahmen Hollands sind das Gegenteil davon.

Litauen

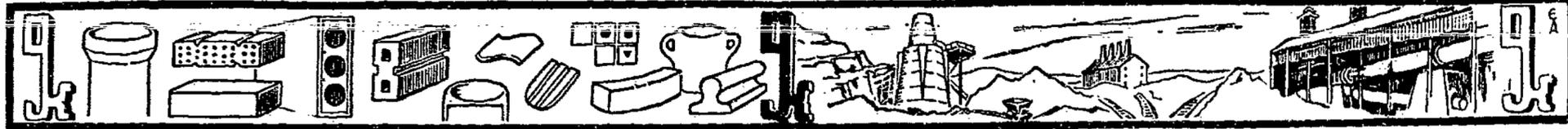
Mit finanzieller Unterstützung der Landwirtschaftskammer wird in den nächsten Monaten die erste litauische Werkstatt für keramische Erzeugnisse ihren Betrieb aufnehmen. Die Leitung liegt in den Händen eines in der Tschechoslowakei ausgebildeten Spezialisten. Auf diese Weise will sich Litauen keramisch selbständig machen. Ob es ihm auch gelingt, muß abgewartet werden.

Kopenhagen

Die dänische Kgl. Porzellanfabrik schloß das Jahr 1931 mit einem Ueberschuß von 94 000 Kr. gegen 311 000 Kr. im Vorjahre ab. Da der größte Teil dieses Betrages für Abschreibungen benötigt wird, kommt eine Dividende nicht zur Verteilung. Im Vorjahr wurden 4 Proz. ausgeschüttet.

Waldsassen

Die Porzellanfabrik Waldsassen Barenth & Co. A.-G. in Waldsassen wird für das Geschäftsjahr 1931 keine Dividende verteilen, sondern ihren Reingewinn vortragen. Der Umsatzzrückgang betrug wert- und mengenmäßig 1931 20 Prozent. Zur Zeit arbeitet die Firma mit 80 Prozent ihrer Kapazität. Das Frühjahrsmessengeschäft brachte ungefähr soviel Aufträge, wie die Messe im Vorjahr.



Die Preispolitik der Zementverbände

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, daß die Kartell- und Syndikatswirtschaft sich zu einem Krebschaden für die Wirtschaft herausgebildet hat und von einem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte nicht mehr die Rede sein kann. Die Kartellgewaltigen schalten und walten hinter den Kulissen und nur selten gelingt es, den Schleier über das ängstlich gehütete Geheimnis zu lüften. Wenn man die Zementverbände unter die Lupe nimmt, kommt man zu dem Ergebnis, daß hier die Geheimniskrämerie ihren Grund hat in den unlauteren Geschäftsmethoden, die als einwandfrei keineswegs angesehen werden können und das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben. Die Öffentlichkeit kritisiert mit Recht die hohen Zementpreise, die wesentlich dazu beitragen, daß die Bautätigkeit gehemmt wird und die Neubauten sich so teuer stellen. Es ist ein schlechter und noch dazu ein unfaier Versuch, die hohen Zementpreise mit Lohnkosten und sozialen Abgaben zu entschuldigen, denn diese betragen nur einen geringen Prozentsatz des heute noch geforderten und gezahlten Nettopreises. Auch die Frachtkosten rechtfertigen nicht die Preise, zumal wenn man bedenkt, daß durch die überspannte Quoteneinteilung oft die Frachtkosten unnötig verteuert werden und z. B. die Berliner Abnehmer Zement aus Schlesien geliefert bekommen, während die dicht vor den Toren Berlins liegenden Rüdersdorfer Werke stillgelegt werden, weil sie ihre Quote ausgeliefert haben. Dadurch entstehen Unkosten, die sich vermeiden ließen, wenn man nur den ersten Willen hätte, eine vernünftige Regelung durchzuführen.

Die Zementverbände bestreiten, daß ein Kampfionds zur Bekämpfung der Außenseiter besteht und die Mitglieder auf dem Wege des Umlageverfahrens dazu beisteuern. Es liegen aber soviel Beweise vor, die sich nicht mit der Behauptung abtun lassen, der Kampfionds sei eine Legende. Der Norddeutsche Zementverband hat kürzlich selbst zugegeben, daß in früheren Jahren 1 RM für einen Waggon von 10 Tonnen zu Knappzwecken ausgegeben worden sind. Eine runde Rechnung, die einen Versand von 700 000 Tonnen monatlich zugrunde legt, ergibt die stattliche Summe von 35 Mill. RM im Jahre für die Bekämpfung der Außenseiter. Kenner der Verhältnisse behaupten, daß diese Summe sehr niedrig ist, und tatsächlich bedenkend größere Mittel für die Bekämpfung der Außenseiter aufgewendet werden. Die Finanzierung erfolgt noch auf anderen Wegen, und die Summen, die von den syndikatisierten Werken selbst zur Vermeidung der Außenseiter ausgegeben werden, dürften noch erheblich größer sein. Die Verbände hüllen sich über diesen Punkt in seltsames Schweigen, was die doch wirklich nicht nötig hätten, wenn die Sache einwandfrei wäre. In welchem Umfang Millionen bei der Bekämpfung der Außenseiter verwendet werden, dafür liegen noch andere sehr stichhaltige Beweise vor. So hat die Stadt Paderborn im Kampfe um die Außenseiterwerk Atlas auf verschiedenen Wegen 17 Mill. RM erhalten und die Stadt Beckum vom Westdeutschen Zementverband und den dortigen Syndikatswerken 300 000 RM. Dazu kommen noch die Aufwendungen für Geländekäufe zur Abriegelung der Außenseiter, wobei die Grundbesitzer oder Bodenspekulanten, da es sich ja um einen sogenannten „Marktauf“ handelt, natürlich auch auf ihre Kosten kommen. Diese Kaufsumme belastet ebenso wie die verstreuten Millionen bei der Stillsetzung der Außenseiter den Zementpreis. Die Zementfabrikanten oder im diesem Falle der Verband bezahlen den Preis nicht aus der eigenen Tasche, sondern er wird auf die Verbraucher umgelegt in der Weise, daß diese die Tonne Zement immer bezahlen müssen. Es ist natürlich erklärlich, daß derartige „Ge-

schäfte“ die Baukosten nicht unerheblich verteuern.

Unter diesen Umständen hat sich eine Mißwirtschaft herausgebildet, die geradezu nach Abhilfe schreit. Die Fälle stehen nicht vereinzelt da, daß neue Zementwerke nur zu dem Zwecke gegründet worden sind, sie nach einiger Zeit an irgendeinem Verband zu verkaufen, um die nicht unbeträchtliche Kaufsumme in die Tasche zu stecken. Die Werke werden, kaum entstanden, stillgelegt, das Gründungsgeschäft, denn um anderes handelt es sich hierbei nicht, hat sich gelohnt. Auch diese Summen gehen zu Lasten des Zementpreises und werden so auf die Verbraucher abgewälzt. Das sind Geschäfte, die mit der so sehr viel gerühmten Unternehmensmoral gewiß nicht mehr übereinstimmen. Hier entscheidet der rücksichtslose Verdienstandpunkt, von wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit kann da nicht mehr die Rede sein.

Die „Vossische Zeitung“ hat sich kürzlich mit der von den Zementverbänden betriebenen Preispolitik auseinandergesetzt und deren Geschäftsmethoden einer vernichtenden Kritik unterzogen. Sie kommt zu folgenden Feststellungen: „Ohne auf alle Einzelheiten einzugehen, offenbart uns das überlassene Material folgende Tatbestände: Unlauterer Wettbewerb, versuchte Bestechung, Wirtschaftsspionage, gegen die guten Sitten verstoßenden unfairen Konkurrenzkampf, Ausnutzung der Wirtschaftsmacht durch Boykottandrohung gegen Handwerker und Gewerkschaften, last not least Verlockung von Gemeinden durch Finanzunterstützung. Es kommen hinzu Ausnutzung der Konkursordnung durch Stellung von Konkursanträgen angeblicher Gläubiger, innere Ausböhler von Außenseitern durch Ankauf von Grundschuldbriefen mit dem Ziel, sie durch ihre Kündigung in finanzielle Schwierigkeiten zu bringen.“

Das sind Dinge, die ein energisches Eingreifen der Behörden mehr als gerechtfertigt erscheinen lassen. Es ist keine Entschuldigung für die Kartellgewaltigen, daß der gesunkene Zementabsatz die volle Beschäftigung der Werke nicht mehr sichert. Daran tragen die Abnehmer weniger Schuld als die Verbände mit ihrer der Wohnungsnot hohnsprechenden Preispolitik. Das Streben, den Aktionären die Dividenden, den Direktoren die hohen Bezüge und den Aufsichtsräten die nicht minder hohen Vergütungen zu verschaffen, wächst sich aus zu einer schweren Schädigung der Bauwirtschaft.

Als 1929 die Stadt Paderborn zusammen mit der Reichsbahn und anderen öffentlichen Körperschaften in Braunsberg ein Zementwerk errichten wollte, wurde die Norddeutsche Zementfabrik den „Zement“ um 20 RM je 10 Tonnen verbietet. Mit einmal ging das, was vorher als unmöglich abgelehnt wurde. Ja, man ging sogar noch weiter. Man brachte den „Pionierzement“ auf den Markt, eine angeblich neue Marke, die mit 45 RM je 10 Tonnen ab 1. 1930, mit 40 RM ab Oktober und mit 35 RM ab November 1930 verkauft wurde. Der Markenzement alter Provenienz wurde im Oktober 1930 auf 45 und im November auf 40 RM ermäßigt. Hier beginnt das Spiel mit dem Namen, mit der Marke. Uebersprochen ist die Behauptung geblieben, daß Pionierzement das gleiche Produkt war wie der Markenzement. Technische Untersuchungen haben einwandfrei die Bestätigung dafür ergeben. Der Pionierzement hat sich vom Markenzement nur durch den Namen unterschieden. Der Zement hat danach, gleichviel welchen Namen er trug, aus den gleichen Silos stammen müssen. Am Juli 1931 hat der Norddeutsche Zementverband endlich die Lieferung der Marke „Pionier“ eingestellt. Es war eine Irrführung, hat aber wenigstens darüber Klarheit geschaffen, daß der Zement billiger sein kann.

Von 1924 bis 1930 betrug der Syndikatspreis für 10 Tonnen rund 500 RM und Ende 1931 stellte er sich auf 430 RM ab Berlin, tag also am Jahreschluß 1931 immer noch weit über den angemessenen Preis. Während dieser Zeit wurde von Außenseitern der Zement wiederholt um 100 bis 150 RM billiger angeboten. Bekannt ist auch, daß die aufgekauften Werke vom Syndikat für ihren Zement nur 265 RM je 10 Tonnen erhalten. Der Reichswirtschaftsrat hat im September 1930 den damaligen Zementpreis von 400 RM allerdings nicht beanstandet, aber der seit 1924 festgesetzte Preis von 500 RM wurde als um 100 RM für 10 Tonnen zu hoch erachtet. Die auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen durchgeführte Preissen-

kung um 10 Proz. hat an dem Zustand der überhöhten Preise nichts geändert. Die Zementindustrie kann mit ihren Preisen noch ganz erheblich herabgehoben. Der Beweis ist längst dafür erbracht, daß die Industrie mit einem bedeutend niedrigeren Preis auskommt.

Derartige Zustände geben die vollste Berechtigung dafür ab, mit größtem Nachdruck die Beseitigung der Kartellwirtschaft zu verlangen. Wenn solche offenkundige Mißstände vorherrschen, wie z. B. beim Pionierzement und den bei dem Kampfe gegen die Außenseiter angewandten Methoden, dann ist es Zeit, die Wirtschaft von derartigen Auswüchsen zu reinigen. Die jetzige Zeit, die von den Arbeitern große Opfer verlangt, muß auch die Unternehmer heranziehen.

Reden und Handeln stimmen nicht überein

Wiederholt haben die Vertreter der freien Gewerkschaften darauf hingewiesen, daß durch das schlechte Organisationsverhältnis der Brikettarbeiter auf der Emdener Brikettfabrik die denkbar schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen. Alle Anstrengungen der Gewerkschaftsfunktionäre, für ein besseres Organisationsverhältnis zu sorgen, werden von der RGO sabotiert. Die RGO befürchtet durch einen Erfolg der freien Gewerkschaften ihren politischen Einfluß bei den Brikettarbeitern zu verlieren. Deshalb: Kampf den freien Gewerkschaften auf Kosten der Brikettarbeiter.

Trotzdem die RGO durch ihren Einfluß auf der Emdener Brikettfabrik den Beweis ihrer Tüchtigkeit hätte liefern sollen, wartet die Belegschaft ständig auf die versprochene Verbesserung ihrer Lage. Flugblätter über Flugblätter verkünden den Brikettarbeitern die Erfolge der RGO, aus irgendeinem Winkel Deutschlands oder Rußlands. Das letzte Flugblatt versprach den Brikettarbeitern 4 Wochen Urlaub mit vollem Lohnausgleich, wenn die Brikettarbeiter am 13. März Thälmann wählen. Daß es bisher in Emden noch nicht besser geworden sei, liege nur an den Betriebsratsmitgliedern, welche noch der freien Gewerkschaft angehören.

Wie sehen nun die Taten der roten Betriebsratsmitglieder aus?

Ohne eine tarifliche Regelung besteht auf der Brikettfabrik die 56stündige Arbeitswoche. Der RGO-Betriebsratsvorsitzende G. reismann arbeitet aber nicht nur 56 Stunden, sondern abwechselnd eine Woche 62 und die andere Woche 71 Stunden. Ist der revolutionäre Betriebsratsvorsitzende durch eine Konferenz der RGO an Sonntagsarbeit verhindert, dann werden die Überstunden durch Auswechseln am nächsten Sonntag nachgeholt. Ist es nicht ein Lohn, wenn nach dieser Leistung derselbe Betriebsratsvorsitzende auf Befehl der RGO, in einer Betriebsratsitzung am 2. März 1932 die vierzig-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich fordert? Die Betriebsratsmitglieder der freien Gewerkschaft haben ihm schon die richtige Antwort gegeben, daß sie nicht von draußen stehenden RGO-Bonzen, sondern von der Belegschaft gewählt seien und jede Agitationsarbeit für die RGO auf Kosten der Belegschaft ablehnen.

Auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 baute die Firma entsprechend der Notverordnung die Löhne ab, trotzdem ein Tarifvertrag nicht bestand. Die Betriebsratsmitglieder der freien Gewerkschaften forderten in einer Betriebsratsitzung eine Verhandlung mit der Betriebsleitung über die Regelung der Löhne für die ungelerten Arbeiter, weil die Löhne entsprechend der übrigen Gruppen zu niedrig seien. Der RGO-Betriebsratsvorsitzende lehnte ein Einschreiten ab mit der Begründung,

die Firma könnte sonst bei ihm noch einen Pfennig mehr abbauen.

Im Dezember 1931 kündigte die Firma 12 Arbeitern das Arbeitsverhältnis. Die Betriebsratsmitglieder vertraten den Standpunkt, daß der Betriebsrat seinen Einfluß geltend machen müßte, wenn schon Entlassungen unumgänglich seien, daß dann solche Kollegen zuerst entlassen werden müßten, die sozial am günstigsten stehen. Der rote Vorsitzende war aber angeblich beim Gewerberat gewesen und hat die Auskunft bekommen, daß gegen die Entlassung nichts zu unternehmen sei. Kein Wunder, wenn die Gekündigten auf ihr Einspruchsrecht verzichteten.

Weitere Entlassungen sollen nun nach Ansicht der RGO, die Grundlage zur Bildung von Kampfausschüssen geben.

Das zuletzt verbreitete Flugblatt der RGO „Der Brikettarbeiter“, gibt den Lagerbestand an Briketts mit 280 000 Tonnen an. Durch die Bildung von Kampfausschüssen sollen die Brikettarbeiter zu Experimenten verleitet werden, die die Firma im gegebenen Augenblick eine gute Handhabung zur Betriebsabschlusung geben würde.

Weil die Betriebsratsmitglieder der freien Gewerkschaften derartige Experimente ablehnen und sich gegenüber der Belegschaft verantwortungsbewußt fühlen, werden sie in Flugblättern der RGO als Verräter beschimpft. Solange der Gewerkschaftsfunktionär, Kollege Groppe, Betriebsratsvorsitzender war, hat der Betriebsrat ernsthaft versucht, die Interessen der gesamten Belegschaft wahrzunehmen, und mußte die Betriebsleitung vor dem Schlichtungsausschuß in der Lohnfrage Zugeständnisse machen.

Auch, Brikettarbeiter, liegt es, ob ihr Opfer wilder Agitationsbestrebungen werden wollt, oder aber in letzter Stunde erkennt, daß nur ein Zusammenschluß in einer freien Gewerkschaft zu vernünftigen Lohn- und Arbeitsbedingungen führen kann.

Beurteilt eure Funktionäre nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten.

Die Betriebsratsmitglieder der freien Gewerkschaften auf der Emdener Brikettfabrik

Baustoffprüfungs-Kursus

Das Haus der Technik in Essen veranstaltet vom 25. bis 27. April einen Kursus über Baukontrolle, in dem Herr Professor Dr. Ing. A. Kleinlogel, L. H. Darmstadt, die Leitung hat. In den Vorlesungen werden unter anderem auch behandelt: Untersuchung von Zementen auf Abbindezeit, Raumbeständigkeit, Widerstandsfähigkeit, chemische Einflüsse, Untersuchungen von Sand und Kies. Die Teilnahmegebühr an diesem Kursus beträgt 20 bis 25 RM. Dieser hohe Satz schließt es vollständig aus, daß sich ein wissenschaftlicher Arbeiter an derartigen Veranstaltungen beteiligen kann.

Gau 3 / Jahresbericht

Es ist keine erfreuliche Aufgabe, Bericht über das Jahr 1931 zu erstatten. Not und Elend häuften sich in diesem Jahre wie in keinem anderen Jahre zuvor. Lohnabbau, Entlassungen, Arbeitszeitverkürzungen, Betriebsstilllegungen, es sind die Leidenstationen zum kapitalistischen Golgatha.

In unserem Gau nimmt die Grobkeramik eine besondere Stellung ein. Die Lage auf dem Baumarkt drückt auf unsere Kollegen in der Baustoffindustrie sehr stark. Den wenigsten unserer Kollegen war es vergönnt, 26 Wochen zu arbeiten. Ein großer Teil kam überhaupt nicht in Arbeit, ein anderer Teil arbeitete 8 oder 10 Wochen. 80 bis 90prozentige Arbeitslosigkeit in unseren Zieglerzählstellen ist die Norm. Eine erhebliche Besserung dürfte auch im Jahre 1932 nicht eintreten. Wir hatten alle Hände voll zu tun, um der Praxis der Arbeitsämter, unsere Kollegen aus der Krisenunterstützung herauszuwerfen, zu begegnen. Da der Baumarkt von der allgemeinen Schrumpfung unserer Wirtschaft wohl am stärksten mit betroffen wird, ist damit zu rechnen, daß ein erheblicher Teil der Baustoffindustrie dauernd zum Erliegen kommt. In der Ziegelindustrie z. B. haben wir es nicht mit Syndikaten zu tun, die planmäßig Betriebe zum Stilllegen verurteilen, sondern vorwiegend mit Mittel- und Kleinbetrieben. Der Existenzkampf wird hier in besonderer Form geführt. Es ist der Kampf aller gegen alle. Wir sehen ein Schleiern, das keinerlei Kalkulationsgrundlagen beachtet. In dieses Absterben eines Teiles der Industrie werden unsere Kollegen mit hineingezogen. Sie führen den Todeskampf mit.

Vor den Toren Berlins liegt die Zementindustrie in Rüdersdorf. Der Absatz in der Zementindustrie ist kontingentiert. Ein Werk gehört Katzenellenbogen. Das Werk wird stillgelegt, und das Kontingent dieses Werkes von Katzenellenbogen in Oberschlesien gehörendem Werke übernommen. So wird der Zement von Oberschlesien nach Berlin spazieren gefahren, vor den Toren Berlins aber liegen die Werke der Zementindustrie still. Rationelle Planmäßigkeit des Kapitalismus!

War das Jahr 1931 für den gesamten Gau ein erfreuliches, und sind die Aussichten für 1932 nicht besonders, so möchten wir aber doch hier ein paar Bemerkungen über den östlichen Teil unseres Gaues machen. Ein Betrieb nach dem anderen kommt dort zum Erliegen, wahrscheinlich für dauernd. Dem Osten fehlt für einen Teil der Produktion, und zwar für seinen größten, die Absatzbasis. Diese Basis kann auch nicht durch Osthilfe-Gesetze und ähnliche Dinge geschaffen werden. Die ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Zusammenhänge durch den Versailler Vertrag erfolgte Grenzziehung hat verheerende Folgen. Betriebe werden zum Stillstand verurteilt, das Kapital wandert ab und verlegt teilweise die Produktion nach anderen Gegenden oder Konzernbetrieben. Welche Entwicklung da die Gemeinden und Städte nehmen, kann sich jeder vorstellen. Es ist ein langsames und teilweise auch schnelleres Absterben. Wieviel menschliches Elend sich da häuft, welche Tragödien sich abrollen, dringt selten über den örtlichen Kreis hinaus. Mehr als ein bitterer, verzweifelter Notschrei kommt zu uns ins Gaubüro. Wir sollen helfen, und wir können es nicht. Was soll man auf einen Brief antworten, der u. a. folgende Sätze enthält:

„Ist es denn gar nicht möglich, irgendwie mal zur Linderung der elenden Lage hier etwas beizutragen? Denn hier wäre es wirklich mal angebracht. In ganz kurzer Zeit sind hier 2 Frauen von Kollegen und ein früherer Kollege der Irrenanstalt nach Sorau überwiesen worden. Wenn das so weitergeht, sind das die letzten nicht.“

Bis ein Mensch zusammenbricht, bis seinen Geist dunkle Nacht umfängt, welch herzzerreißender Jammer, wieviel Gram muß da den Menschen heimgesucht haben. Wie mancher Fluch mag dem kapitalistischen System gelten. Wie mancher Fluch muß jenen Konzerngewaltigen nachgeschickt worden sein, die kalt rechnend die Schließung der Betriebe verfügen. Nie werden wir erlähmen im Kampf für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, denn dieser Kampf ist für jene, mit denen wir uns menschlich und schicksalsmäßig verbunden fühlen.

Das Gros der Mitglieder ist der Organisation neugeblieben. Die Organisation im Gau steht, im ganzen betrachtet, unerschüttert da. Diese Festigkeit der Organisation ist zu danken der neuen Mitarbeit unserer Funktionäre in Stadt und Land. Ihnen auch hier alle Anerkennung auszusprechen, ist uns ein Bedürfnis.

Unser Verbandsfilm „Aufstieg“ wurde in mehreren Zählstellen gezeigt. Erfreulicherweise führen wir feststellen, daß der Film die Wankelmutigen wieder auferweckt hat und daß unsere Kollegen in den Filmabenden erneut bestärkt wurden in ihrem Bestreben, dem Verband nicht nur die Treue zu halten, sondern für den Verband zu arbeiten und zu wirken.

Die Jugendbewegung gewinnt auch in unserer Organisation immer mehr an Boden. Die Schwierigkeiten in unserem Verband sind gegenüber Berufsorganisationen viel größer. Wir haben es in den seltensten Fällen mit Jugendlichen zu tun, die beruflich gesehen, an einen bestimmten Industriezweig gebunden sind. Ein dauerndes Wechseln erschwert die Agitation unter den Jugendlichen. Es muß lobend anerkannt werden, daß unsere Zählstelle Kottbus eine stabile Jugendgruppe hat. In der Zählstelle Berlin sind Kräfte am Werk, die wieder neu gegründete Jugendgruppe auszubauen.

(Schluß folgt.)

Gau 12 / Jahresbericht

Bei Abschluß des Jahres 1930 waren wir nicht optimistisch gestimmt; die bange Sorge um die Existenzbedingungen der deutschen Arbeiterschaft hatte uns schon damals befangen. Daß wir aber in Zustände hineinschliddern werden, wie sie uns das Jahr 1931 — das Jahr der Notverordnungen — brachte, damit hatte niemand gerechnet. Die Vierte Notverordnung im Jahresende stellt alles bisher Gewesene in den Schatten, und zwar deshalb, weil das Jahr 1931 Abbau aller finanziellen Mehrleistungen,

wie Akkordreduzierung, Prämienkürzung und -abschaffung, Kürzung und Abschaffung von Zuschlägen verschiedener Art bereits schon gebracht hatte. Hinzu kommt die Verringerung der Arbeitseinkommen durch Arbeitszeitkürzungen und Betriebsstilllegungen trotz kolossaler Produktionsleistungssteigerung für den einzelnen Arbeiter, und dazu noch mehrmaliger Lohnabbau. Das geht weit über das Erträgliche hinaus. Die Gewerkschaften waren gegen jeden Lohnabbau; die Gründe sind unseren Mitgliedern bekannt. Die Gewerkschaften haben gemahnt und gewarnt. Diese Mahnungen und Warungen fanden bei der Regierung kein Gehör und die Unternehmer führten rücksichtslos und brutal diesen Lohnabbau durch. Es gab keine Verhandlungen, wo nur das kleinste Entgegenkommen gezeigt wurde. Die Gewerkschaften lehnen deshalb jegliche Verantwortung ab, wie man auch die Verantwortung in der Wirtschaftsführung ablehnen muß, weil man die Gewerkschaften mit ihrem Rat jederzeit ausschaltet. Die Verantwortung fällt auf die Regierung, fällt auf die Wirtschaftsführung der bürgerlichen und kapitalistischen Gesellschaft.

Wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Gaubezirk und in den einzelnen Zählstellen auswirkten, ergeben nachstehende Zahlen. Ende Dezember hatten wir im Gau noch 6228 beschäftigte Mitglieder, gegen 9226 im Vorjahr; davon waren aber Kurzarbeiter 3729 gegen 5582 im Vorjahr. Die hohe Zahl der Kurzarbeiter im Jahre 1930 ist auf die Vierzig-Stunden-Woche zurückzuführen, die fast durchweg in der chemischen Industrie durchgeführt war. Die Zahl der Kurzarbeiter war im Jahre 1931 um 1853 niedriger als im Jahre 1930, die Zahl der beschäftigten Mitglieder um 2998 niedriger als im Jahre 1930. Ein Beweis, wie sich immer mehr und mehr die wirtschaftlichen Verhältnisse zuungunsten der Arbeiterschaft auswirkten.

Die Zahl der erwerbslosen Mitglieder im ganzen Gaubezirk beträgt 3750 = 35,5% und die Zahl der invaliden Mitglieder 575 = 5,4%. Die Zahl der invaliden Mitglieder hat sich gegen das Vorjahr um 146 erhöht.

Die Mitgliederbewegung hat, wie zu erwarten war, einen Rückgang aufzuweisen.

Die Hauptkasse mußte 123 630,72 RM Zuschüsse leisten. Unsere Mitglieder mögen einmal prüfen, welche Organisation solche Leistungen aufzuweisen vermag.

Über Lohnbewegungen, soweit diese durch den zwangsläufigen Lohnabbau bedingt waren, ist nicht zu berichten; diese haben sich nicht anders vollzogen als in den übrigen Gauen.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage machte sich ganz besonders auf dem Baumarkt bemerkbar. Hierdurch wurde die Baustoffindustrie im allgemeinen und die Ziegelindustrie besonders stark in Mitleidenchaft gezogen. Große Vorräte waren aus dem Jahr 1930 übernommen worden. Ein Teil der Ziegeleien kam überhaupt nicht in Betrieb, andere hatten nur kurze Zeit die Produktion aufgenommen. Preisunterbietungen und Angstverkäufe machten sich stark bemerkbar. Hierzu kam in Baden wie in der Pfalz die Einfuhr von Steinen aus Elsaß, wodurch die Preise noch weiter gedrückt wurden.

Unter diesen Umständen mußten wir mit den Arbeitgebern die Vertragsverhandlungen führen. Die Ziegeleibesitzer sind schon immer die größten Feinde der tariflichen Bindungen gewesen, und die oben geschilderten Verhältnisse trugen dazu bei, diese Feindschaft noch mehr zu vergrößern.

Wenn es trotzdem gelungen ist, die gekündigten Mantel- und Lohnstarifverträge wieder abzuschließen, so ist das den vielgeschmähten Gewerkschaften und deren Funktionären zu verdanken.

Ein Vorgang, der über die Grenzen unseres Gaues sogar hinausgreift, muß festgehalten werden. Die Firma Ludewig, Jockgrim, das größte Dachziegelwerk Süddeutschlands, ist mit dem Ablauf des Jahres 1930 aus dem Arbeitgeberverband der pfälzischen Ziegelindustrie ausgetreten. Sie glaubte, dadurch ohne Tarifvertrag ihre Arbeitsverhältnisse selbst regeln zu können. Am 23. März machte sie einen Anschlag, worin der gesamten Arbeiterschaft gekündigt wurde und sie mitteilte, der seitherige Mantelvertrag sei außer Kraft und das Lohnabkommen hätte keine Gültigkeit mehr. Sie bot der Arbeiterschaft einen um 12 Pfg. niedrigeren Lohn an, als der bis zu diesem Zeitpunkt gültige Lohnstarif vorgesehen hatte. Auf unser Schreiben hielt die Firma eine Antwort nicht für notwendig. Der Schlichtungsausschuß und der Schlichter mußten in Anspruch genommen werden, um zu einem Tarifvertrag zu kommen. Dadurch haben wir die Pläne der Firma, ohne tarifliche Bindungen auszukommen, zerschlagen und ihre Hoffnungen, die sie ohne Arbeitgeberverband besser zu verwirklichen glaubte, zu nichts gemacht.

Der Betrieb in Jockgrim wird stillgelegt. Die Firma ist stark beteiligt an der Firma Tonwerk Wiesloch und am Tonwerk Meerholz (Hanau). Die Löhne sind in diesen beiden Betrieben niedriger. In Wiesloch wird, obwohl für Baden ein Tarifvertrag besteht, unter diesem bezahlt, (dafür spart die Arbeiterschaft den Verbandsbeitrag). Die Aufträge werden in diesen beiden Betrieben hergestellt und das Hauptwerk bleibt stillliegen. Hier kann nur die Geschlossenheit der Arbeiterschaft helfen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in einer Reihe von Werken in Baden. Die Arbeiter sind unorganisiert und der Arbeitgeber bezahlt, was er will. Die Folge davon ist Preistreibern und neue Schwierigkeiten bei den noch tarif-treuen Firmen, was sich in Zukunft bei Schaffung von Verträgen auswirken dürfte.

Ein besonderes Kapitel bildet die Fa. Deutsche Steinzeugwarenfabrik Friedrichsfeld. Der leitende Direktor Bonte, pensionierter Hochschulprofessor, scheint seine ganze Weisheit darauf zu verwenden, die Arbeiter zu schikanieren und ihre Verhältnisse zu verschlechtern. Einschränkungen der Arbeitszeit, Kürzung der Löhne, Kürzung der Akkorde u. dergl. mehr, sind das für die Arbeiterschaft fühlbare Ergebnis seiner Tätigkeit. An der Wirtschaftskrise sind nach seinem Ausspruch nur die Gewerk-

schaften schuld, die hohen Löhne und die Begehrlichkeit der Arbeiter. Er vergibt aber, seine vielgerühmte Sparsamkeit auf sich anzuwenden. Sein Einkommen setzt sich zusammen aus Pension, Direktionsgehalt und Aufsichtsratsanteilen anderer Gesellschaften. Zu wissen, wo hoch dasselbe ist und welche Abzüge hiervon erfolgen, wäre sehr interessant; aber auch die Arbeiterschaft dürfte sich darüber Gedanken machen und ihre Schlüsse ziehen.

Für die Gewerkschaften war das Jahr 1931 eine schwere Belastung und Prüfung, für unsere Mitglieder ein Jahr der Not und des Elends.

Für die Arbeiterschaft besteht aber die Aufgabe, die Gewerkschaften in ihrem schweren Kampfe weitgehendst zu unterstützen.

Die Gaulitung:

Franz Schreiber Friedrich Kern.

Katzhütte / Mitgliederversammlung

Am 19. März und 20. März fanden in Oelz und Altenfeld außerordentliche Mitgliederversammlungen statt.

Der Kollege Krebs, Berlin, referierte in beiden Versammlungen über das Thema: „Der Existenzkampf der Arbeiterklasse.“

Der Kollege Krebs hat in mustergültiger Weise dieses Thema behandelt. Seinen Ausführungen schickte er den geschichtlich, historischen Werdegang der Arbeiterbewegung voraus. Er befaßte sich ausführlich mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, welche sich verheerend, vor allem bei der deutschen Arbeiterschaft ausgewirkt hat. Scharf ging er mit den kapitalistischen Wirtschaftsführern ins Gericht, welche durch ihre volksfeindliche Wirtschaftsführung der letzten 20 Jahre die Krise heraufbeschworen haben und heute keinen anderen Ausweg finden, als der Arbeiterschaft eine weitere Senkung ihrer Kaufkraft zuzumuten.

Gleichzeitig zeigte er Möglichkeiten und Auswege, welche aus der Krise führen. Er führte den einwandfreien Nachweis, daß es nur die freien Gewerkschaften waren und auch bleiben werden, welche in langem, unerüthlichem Kampfe mit Erfolg um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterschaft gekämpft haben. Eine schätzbare Kritik an der Tätigkeit der freien Gewerkschaften zu üben, haben sich jene Scharlatanen von rechts und links im Laufe der letzten Jahre deshalb zur Aufgabe gemacht, um an der schweren Notlage der Arbeiterklasse ihre extreme Parteisuppe zu kochen. Daß durch eine solche Handlungsweise die Schlagkraft der Gewerkschaften geschwächt wird, ist das bewußte Bestreben jener Elemente. Vor allem sind es unsere Freunde von links, welche den Unternehmern im Kampfe gegen die Gewerkschaften Handlangerdienste leisten.

In beiden Versammlungen schloß sich eine rege Diskussion an. In Oelz sprach Kollege Witzmann, welcher der Opposition angehört. Seine Ausführungen bekräftigten erneut unsere Meinung, daß diese Sorte Auch-Gewerkschaftler den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen gegenüber mit Blindheit geschlagen sind, und ihren Hauptfeind in den freien Gewerkschaften sehen. (Es muß festgehalten werden, daß sich derselbe Witzmann sogar schon um einen Zählstellenleiterposten beworben hat.)

Kollege Krebs wiederlegte in sachlich kluger Form, das von Witzmann Vorgebrachte. Besonders große Augen machten die Freunde eines Sowjet-Deutschlands, als Kollege Krebs den Nachweis führte, daß Rußland gegenwärtig für ihre Aufträge in Deutschland längere Zahlungsfristen verlangt (2 1/2 Jahr), und gleichzeitig für ihre Aufträge von den betriebl. deutschen Arbeitern einen indirekten Lohnabbau von 20 Prozent fordert. Ja, es sollen sich sogar schon Betriebsräte zu diesem Verlangen bereit erklärt haben. Die freien Gewerkschaften wenden sich ganz entschieden gegen solche Lohnräuberabsichten. Kollege Krebs ermahnte, besonders auf Grund der bevorstehenden, wirtschaftlichen Entscheidungen allen Parteihader in den Gewerkschaften abzustellen, damit wir unseren kapitalistischen Gegnern mit einer festgefügteten Gewerkschaftsbewegung entgegenreten können. Mit starkem Beifall wurden die Ausführungen des Kollegen Krebs aufgenommen.

Nach Erledigung verschiedener örtlicher Angelegenheiten schloß Kollege Heinz die Versammlungen mit der Mahnung, die Organisation in den Betrieben zu stärken, um damit das einzige Mittel zu erreichen, daß geeignet ist, einer weiteren Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegenzutreten zu können.

Hirschau.

Unsere Zählstelle veranstaltete am 19. März eine Feier zu Ehren der über 25 Jahre gewerkschaftlich organisierten Kollegen. Kollege Groth, Leonardt, begrüßte die Erschienenen, besonders aber die Jubilare mit ihren Angehörigen und den Gauliteer Kollegen Frontzel. Kollege Frontzel gab einen Rückblick auf das Entstehen, den Werdegang und die Kämpfe der im Fabrikarbeiterverband vereinigten Gewerkschaften. Die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen zeigten den Anwesenden, wie wichtig eine straffe Organisation, besonders in der jetzigen Zeit, ist. Es gilt heute mehr denn je, unsern Gegnern ein Bollwerk entgegen zu stellen, an dem alle Anstürme auf das durch Jahrzehnte errungene soziale Gesetzgebungswerk zerschellen müssen. Bei dem nun folgenden Festakt, wurde den Kollegen Marker, Josef, Schreiner, Vinzenz, Harvolk, Andreas, Kamm, Georg, Riß, Michl, Harburger, Anton, und Döbwoyer, Karl, die Ehrenurkunde des Hauptverbandes, die Gauchennadel und ein Erinnerungsgeschenk der Zählstelle überreicht. Kollege Frontzel dankte den Jubilaren für ihre langjährige Gewerkschaftszugehörigkeit und ihre während dieser Zeit dem Verband erwiesenen treuen Dienste.

Besonderer Dank gebührt auch den Angehörigen der Jubilare, die Freud und Leid mit ihnen teilten. Die gut verlaufene Feier wurde durch Gesangsvorträge, Konzerte und Couplets verschönert.

Den Kolleginnen und Kollegen möge diese Feier ein Ansporn sein, auch in Zukunft dem Verband die Treue zu halten und für ein besseres Menschheitsdasein zu kämpfen. Wenn wir auch in Zukunft unser Banner hochhalten, dann muß es gelingen, der Reaktion Partei zu bieten und den endgültigen Sieg zu erringen.

Abrechnung der Hauptkasse (IV. Quartal 1931)

| Einnahmen: | |
|---|--------------|
| An Kassenbestand am Schlusse des 3. Quartals 1931: | RM |
| a) Hauptkasse | 933 593,90 |
| b) Zählstellen | 405 914,04 |
| Beiträgen | 3 361 181,77 |
| „ Extrabeiträgen | 2 902,20 |
| „ Extrabeiträgen d. Angestellten Mehreingesandt von den Zählstellen | 129 073,61 |
| „ Einzelmitgliedern | 1,50 |
| „ Ersatzbüchern und Karten | 308,10 |
| „ Protokollen | 1 746,44 |
| „ Büchern und Broschüren | 4 738,79 |
| „ Bürobedarf | 1 974,35 |
| „ Proletarier | 330,95 |
| „ Kraftwagen | 823,67 |
| „ Zinsen | 129 789,86 |
| „ zurückgezahlten Unterst. | 19 813,75 |
| „ zurückgezahlten Beiträgen | 3 599,40 |
| „ Zuwendungen von Zählstellen | 21 957,65 |
| „ sonstigen Einnahmen | 5 008,37 |
| „ Aus dem Vermögensbestand | 40 160,— |
| „ Beiträgen z. Unterstützungsk. | 10 104,11 |
| Sa. 5 119 267,09 | |

| Ausgaben: | |
|---|--------------|
| Per Erwerbslosenunterstützung: | RM |
| a) an Reisende | 283,35 |
| b) an Erwerbslose | 1 369 197,77 |
| c) an Kranke | 253 959,84 |
| „ Invalidenunterstützung | 566 072,31 |
| „ Rechtsschutz | 11 336,25 |
| „ Gemäßregelungenunterstützung | 4 270,90 |
| „ Umzugsunterstützung | 6 279,30 |
| „ Notlageunterstützung | 2 037,20 |
| „ Sterbeunterstützung | 81 248,— |
| „ Streikunterstützung | 12 819,10 |
| „ Anteile der Zählstellen | 1 196 358,51 |
| „ Marken und Stempel | 5 212,65 |
| „ Porto, Postcheck, Bankspesen | 5 511,70 |
| „ Vorst.- u. Ausschußsitzungen | 291,— |
| „ Revisionen der Zählstellen und Hauptkasse | 1 072,— |
| „ Gehälter | 91 797,75 |
| „ Versicherungsbeiträge | 11 862,91 |
| „ Druck und Papier des „Proletarier“ | 42 346,96 |
| „ Versand des „Proletarier“ | 18 660,15 |
| „ Betriebsräte- u. Frauenzeitg. | 1 291,65 |
| „ diverse Drucksachen | 29 321,10 |
| „ Versand- und Packmaterial | 200,00 |
| „ Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honorar | 8 143,34 |
| „ Büromaschinen u. Reparaturen | 160,50 |
| „ Buchbinderarbeiten | 8 055,10 |
| „ Kraftwagen und Kraftwagenbedarf | 3 600,34 |
| „ Büromiete, Heizung, Licht und Reinigung | 10 624,20 |
| „ Büroeinrichtungen u. -bedarf | 3 435,87 |
| „ Tarifverhandlungen | 8 613,96 |
| „ zentrale und lokale Tarifinstanzen | 2 060,75 |
| „ Konferenzen | 6 929,26 |
| „ Agitation | 9 517,75 |
| „ Film | 3 671,83 |
| „ Gauverwaltungen | 166 900,— |
| „ Keram. Bund einschl. Zeitung | 120 000,— |
| „ Arbeiterwirtschaftsschulen u. Bildungsfonds | 137,— |
| „ Schule Wonnigen | 19 000,— |
| „ Beiträge z. Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund | 20 025,— |
| „ internation. Verpflichtungen | 1 856,35 |
| „ Verwaltung verschied. Zählstellen | 51 324,07 |
| „ Guthaben der Zählstellen zurückgezahlt | 132 167,26 |
| „ sonstige Ausgaben | 50,— |
| „ Vermögensbestand | 37 700,— |
| Kassenbestand am Schlusse des 4. Quartals: | |
| a) Hauptkasse | 338 067,88 |
| b) Zählstellen | 475 552,36 |
| Sa. 5 119 267,09 | |

Hannover, den 18. März 1932.
 Albin Karl, Vorsitzender.
 C. Rößler, 1. Kassierer.
 Otto Stawitzki, 2. Kassierer.
 Carl Gremmel, Revisor.
 H. Löbermann, Revisor.
 Franz Friedrichs, Revisor.

Arbeitsmarkt

Tüchtiger Hafenschlepper auf Hafen und Wannenbetrieb sucht Arbeit für sofort. Wohnung Bedingung. Angebote an die Zählstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter, Zählstelle Weißwasser (O.-L.), Göttinger Straße 45.
 Porzellangleiher, perfekt in Gebrauchsgeschirr sowie in Kunstfigurieren und Geschenkartikeln, sucht Stellung. Angebote an den „Keramischen Bund“, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter, Zählstelle Ruedolstadt.

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14. Ziffer 3 a, in Verbindung mit § 11. Ziffer 5 des Statuts, die bisherigen Mitglieder der Zählstelle Eberswalde: Fried. Döbner, Buch-Nr. 1 016 605; Triptis, Thür.; Max Heinisch, Buch-Nr. 31 703.

Die Kluff / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrocht van Beber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(7. Fortsetzung.)

Rechtshaffene Männer und Frauen, Sklaven einer viel zu harten Arbeit, zusammengedrängt in trostlosen, unbehaglichen Wohnungen — kein Bad, kein warmes Wasser, nicht die geringste Annehmlichkeit, und seit wenigstens fünf Jahren Mangel an Nahrungsmitteln und warmer Kleidung. Welch ausgezeichnetes Menschenmaterial, und wie sinnlos würde es verbraucht!

Oh, dieser Hochmut selbst bei Wohlgesinnten der besitzenden Klassen, diese arrogante Annahme, daß Menschen, weil sie Handarbeiter waren, einer minderwertigen Rasse angehörten! Die schamlose Lüge, ein Ausbeutungssystem aufrechtzuerhalten, dessen Zusammenbruch die wirklich klugen Köpfe unter ihnen schon ahnten; das Hintertreiben aller Maßnahmen, die vielleicht ihre übermäßigen Profite schmälern möchten!

Sie haßten Gleichheit. Sie vermochten sich keinen Staat ohne irgendeine Persönlichkeit, vor der sie sich verbeugten, und ohne die vielen anderen, die vor ihnen kriechen sollten, vorzustellen. Das sozialistische Ideal, die Republik der Gleichen, einfach in ihrem Privatleben, doch großzügig in der Volksfürsorge, war den herrschenden Klassen Englands fremd.

Und jetzt dieser Streik! Gereichte es irgend jemand zum Vorteil, die Bergarbeiter in noch schlimmeres Elend zu stürzen? ... Es war dumm, zu sagen, daß einige Gruben sich nicht rentierten — gewiß, einige würden nie wieder glänzende Profite abwerfen, ausgenommen in einem neuen Krieg. Dennoch wurde kein Versuch gemacht zu einer Neugestaltung auf nationaler Basis, kein Versuch, das Gewirr alter Rechte und Privilegien zu durchschneiden, der wucherhaften Konkurrenz Einhalt zu tun, den Bergbau als staatliches Unternehmen zu betreiben. Wenn man die Bezüge der englischen Bergarbeiter beschnitt, so geschah ein gleiches bald in Deutschland, und der alte Wettlauf in Hungerlöhnen begann damit von neuem. Die vierundzwanzig Millionen Pfund Subsidien der Regierung, mit denen man, unter kluger Leitung, zur Reorganisation der bestehenden Verhältnisse hätte schreiten können — wo waren sie? Hineingeworfen in das bodenlose Loch unbegrenzter Konkurrenz!

Nein, auch ein Generalstreik vermochte nicht zu helfen, wenn er nicht mit einer Umwälzung, mit einer Revolution endete und die Arbeiter nicht wirklich die Kontrolle übernahmen. Revolution? Ein leises Lächeln huschte über Joans blasses Gesichtchen, als sie an etliche Gewerkschaftler dachte, die wohl kaum Lust hatten, eine Revolution zu führen und sich auch kaum dazu eigneten. Nichtsdestoweniger konnte es zum Äußersten kommen. Und dann? ... Dann würden in den Kohlengebieten die Bergleute einzig und allein mit nackten Händen, dem Mut der Ueberzeugung und dem Glauben an ihre gerechte Sache gegen speiende Maschinengewehre kämpfen... Joan überließ es eiskalt.

Anthony Dacre, der ihr Zusammenschauern gewahrte, sprang von seinem Stuhl auf.

„Was für rücksichtslose Gesellen sind wir doch insgesamt! Sie müssen ja todmüde sein. Sie armes kleines Ding. Schnell, ich bringe Sie jetzt sofort zu Mary Maud. Gute Nacht!“ verabschiedete er sich von den anderen. „Morgen vormittag treffen wir uns vor der Halle.“

Im Auto legte er seinen Arm um Joan.

„Lehnen Sie Ihren Kopf an meine Schulter!“ Es war eine zarte, brüderliche Gebärde, die Joan, der sonst jedes Angetastetwerden zuwider war, nicht erzürnte.

„Erzählen Sie mir etwas von Blain“, bat sie. „Wer ist er?“

„Gerald Blain? Nun, Hauptmann im Kriege, und holte sich als solcher die höchsten Auszeichnungen. Außerdem ist er der beste Kamerad und die größte Plage für seine langmütigen Freunde.“

„Und was kümmert ihn die Arbeiterbewegung? Nimmt er, von der Höhe seiner Verdienstkreuze herab, nur ein akademisches Interesse an uns?“

„Gewannen Sie diesen Eindruck?“

„Nein, und deswegen lockt es mich ja, mehr über ihn zu erfahren.“

„Augenblicklich mühen sich seine Freunde ab, ihn vor der kommunistischen Partei zu bewahren. Weiß der Himmel, wo er landen wird, wenn dieser Streik andauert... Sie hörten wohl, daß sie ihn (Chilblain*) nennen?“

„Seine Freunde sollten sich schämen!“ erklärte Joan in ihrer franken, impulsiven Art.

„Was kann man anders erwarten, wenn man Blain heißt!... Mit sechzehn Jahren meldete er sich zum Militär, legte mit siebzehn seine Prüfung als Flugzeugführer ab — vermutlich mit der üblichen Lügen hinsichtlich seines Alters — und wurde im letzten Kriegsjahr über der See abgeschossen, wobei ihm das Glück widerfuhr, unweit eines britischen Lazarettsschiffes ins Wasser zu purzeln. Inwendig ist er ganz kaputt — alles silberne Köhren; außen ist er zusammengeschmort.“

„Armer Junge! Und dann?“

„Die Ärzte hielten an Wunderbar, und am Abend des Waffenstillstandes holte ihn sein Vater, der mit Heereslieferungen Millionen verdient hatte, aus der Klinik zu einem pompösen Fest im Savoy-Hotel. Oh, der Alte war so stolz auf seinen Sohn, als hätte dieser den Krieg allein gewonnen! Alles trank sich vor Begeisterung einen tüchtigen Rausch an, nur Gerry nippte an seinem Glas — in erster Linie wohl wegen seiner inneren Köhren; doch als die Nacht verschritt, loderte er vor Zorn. Er empfand diese besoffene Fröhlichkeit als

eine Beleidigung, die man seinen toten Kameraden zufügte, und machte den Gästen gegenüber aus seiner Ansicht kein Hehl. Bald darauf gab es zwischen ihm und seinem Vater einen heftigen Streit über dessen Kriegsgewinne, der damit endete, daß Gerry sich weigerte, noch einen Penny von dem Alten anzunehmen. Seitdem lebt er von seiner Pension und von dem, was ihm die Schriftstellererei einbringt. Er schreibt sogar recht nett, kommt aber selten dazu, da er seine Hauptzeit und Hauptkraft für pazifistische Tagungen verbringt.“

„Blain ein Pazifist? ... Aber Sie sagten doch, er wolle Kommunist werden?“

„Es sind die kapitalistischen Kriege, gegen die Blain eifert. Hingegen erklärt er, daß er liebend gern beim Bau von Revolutionsbarrikaden Hand anlegen würde, und deshalb bin ich ja auch ein wenig besorgt, was er in einer Krise wie der jetzigen anstellen wird... Aha, Gordon Square! Ich werde einen Augenblick mit hineinkommen, um Mary Maud zu sagen, daß Sie sich in guten Händen befinden.“

Dacre entlohnte den Chauffeur, doch bevor Joan die Haustür öffnen konnte, fuhr er sehr ernst fort:

„Zum besseren Verständnis Gerry Blains möchte ich Ihnen noch etwas mitteilen. Miß Craig. Er brachte aus dem Kriege eine gründliche Meinung über die Frauen heim — scheinbar ist ihm von dem Moment an, als er Khaki anzog, bis zu jener Nacht im Savoy kein anständiges Weib begegnet. Wenn er es irgend vermeiden kann, spricht er nie zu einer Frau, und es überraschte mich ungemein, daß er sich mit Ihnen so willig unterhielt. Vielleicht helfen Sie ihm, sein Urteil zu revidieren.“

„Ich? Ich kenne ihn ja kaum!“

„Vorläufig; während des Streiks aber werden Ihre Wege sich höchst wahrscheinlich oft kreuzen. Blain brauchte einige weibliche Freunde, die nichts von ihm wollten — weder seine Liebe noch seines Vaters Geld.“

„Endlich!“ zankte Mary Maud. „Wollt Ihr das Kind denn zugrunde richten? Wo habt Ihr gesteckt?“

„Lassen Sie Miß Craig jetzt nicht mehr erzählen“, erwiderte Dacre. „Gegessen hat sie schon; sie muß schleunigst ins Bett.“

„Scheint mir auch. Wollen Sie einen Tropfen Whisky, ehe Sie gehen?“

„Nein, danke. Bis morgen.“ Und schon fiel die Tür hinter Anthony Dacre ins Schloß.

Fünf Minuten später schmiegte sich Joan, leise aufstöhnend vor Bohagen, in ihre Kissen und war im Nu eingeschlafen.

VI.

Gegen halb elf Uhr morgens stand Mary Maud mit einer Tasse Tee am Bett des jungen Mädchens.

„Ausgeruht, Joan?“

„Oh, ich habe geschlafen wie ein Murmel-tier! ... Der Tee ist fein, nun brauche ich nicht mehr zu frühstücken.“

„So, mein Kleines? Da habe ich auch noch ein Wörtchen mitzureden. Solange Sie bei mir sind, Sorge ich für Sie, wie es sich gehört. Von Tee und Aspirin leben? ... Nein, das gibt's nicht.“

„Kommen Sie mit zur Versammlung?“ erkundigte sich Joan, als sie etwas später das Frühstück trotz aller Ermahnungen ihrer Freundin hastig herunterstahl.

Die Frauenstimmen sind entscheidend bei den Wahlen

Aus einer Anzahl von Städten, in denen bei der Reichspräsidentenwahl getrennt nach Männern und Frauen abgestimmt wurde, wird bekannt, daß die Frauen in stärkerem Maße Hindenburg wählten als die Männer. In Köln hat z. B. Hindenburg 34 778 Frauenstimmen mehr erhalten als Männerstimmen, obwohl die Zahl der abstimmenden Frauen nur um 7157 höher war als die der Männer. 150 892 Frauen und 116 114 Männer stimmten für Hindenburg. In Wiesbaden wurden drei Fünftel (24 000) der für Hindenburg abgegebenen Stimmen von den Frauen aufgebracht und zwei Fünftel (16 000) von den Männern. In Jena stimmten für Hindenburg 11 622 Frauen und 9271 Männer. Ähnlich war das Resultat in einigen anderen Städten.

Selbst wenn man voraussetzt, daß wir einen Frauenüberschuß haben und demzufolge mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten Frauen sind (bei der letzten Reichstagswahl waren 53 Proz. aller Wahlberechtigten Frauen), so kann den Einzelergebnissen doch entnommen werden, daß die Frauen im allgemeinen mehr für friedliche Entwicklung, Verständigungspolitik, für Demokratie, gegen Gewaltpolitik und Faschismus sich entschieden haben. Die Frauen müssen in Zukunft aber weit stärkere Stützen der Republik und damit der Freiheit des werktätigen Volkes sein. Sie müssen erkennen lernen, daß bei politischen Entscheidungen die Einstellung der Frauen ausschlaggebend ist.

Die sogenannte „Nationale Opposition“ kämpft mit großer Heftigkeit gegen das „System“. Wenn diese Leute sagen, das „System“ muß beseitigt werden, dann meinen sie in erster Linie: die Arbeiterrechte, die Tarifverträge, die Sozialversicherung, die irgendwie fortschrittlichen kommunalen Selbstverwaltungen, die Organisationen der modernen Arbeiterbewegung und deren Einrichtungen, überhaupt alles, was sozialpolitisch in der Nachkriegszeit und in der Republik auf- und ausgebaut werden konnte. Diese Reaktionen bekämpfen die demokratische Verfassung, weil diese Angehörigen der Arbeiterklasse die Möglichkeit der Mitbestimmung gibt im staatsbürgerlichen Leben. Die Herren der „guten alten Zeit“ wollen ihre alten Vorrechte wieder haben. Wer könnte ihnen das nicht nachfühlen? Nach ihrer Ansicht muß es Herren und Knechte geben. Wir aber wehren uns entschieden gegen den Rückschritt und sind im Interesse der breiten Massen für den Fortschritt der Arbeiterschaft und die kulturelle Entwicklung des Volkes. Wir wollen die politische und soziale Demokratie und die wirtschaftliche Ordnung. Die durch die katastrophale, folgen schwere Kriegspolitik und die einseitige, planlose Produktion der vorherrschenden Klasse für die unteren Massen gezeigten Verhältnisse lassen sich ganz einfach auf die Dauer nicht ertragen. Der Arbeiterschaft aber können Herren der sogenannten „Nationalen Opposition“ kein Gewehr bieten, daß sie in der Lage wären, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Im Gegenteil! Wir sind überzeugt, daß es der Arbeiterschaft wesentlich schlechter gehen würde.

Das deutlichste Beispiel haben wir ja erlebt, als gleich nach den Reichstagswahlen von 1930 die Gefahr drohte, daß Hitler oder Hugenberg mit der Regierungsbildung beauftragt werden könnten. Das Vertrauen zu Deutschland sank im Nu auf dem Geldmarkt in erheblichem Maße. Riesige Kursverluste trafen ein. Ausländisches Kapital in Deutschland wurde gekündigt. Deutsche Kapitalisten verschoben Milliarden deutsche Kapital ins Ausland, weil sie es dort sicherer

angelegt glaubten. Die Erfolge solcher „patriotischer“ Unternehmertat bestanden natürlich ebenfalls in Geldverknappung, verschärfter Krise, erhöhter Arbeitslosigkeit und damit größerem Elend für die Massen des Volkes. Bei einem Sieg der Nazis bzw. „Nationalen Opposition“ würde sich das Mißtrauen des Auslandes in kaum glaublichem Maße verschärfen, Deutschlands Währung und Kredit völlig erschüttert werden.

Darunter aber würde wiederum die Frau als Gattin, als Mutter und als Erwerbstätige doppelt und dreifach zu leiden haben. Das Schicksal der Frau ist mit dem Schicksal der Arbeiterklasse eng verbunden. Mit den Arbeiterrechten schwinden auch die Frauenrechte, schwindet vor allen Dingen das Ansehen der Frau als Staatsbürgerin. Das muß den Frauen immer wieder oder eindringlicher gesagt werden. Und die Frauen müssen daraus Konsequenzen ziehen. Sie müssen es unter ihrer Würde halten, solchen Herrenmenschen und Kriegsschürern wie Hitler ihre Stimme zu geben.

Die kommenden Wahlen am 10. und 24. April entscheiden darüber, ob die demokratische Staatsform beibehalten werden soll, oder ob Diktatur herrschen soll. Sie entscheiden, ob Volksrecht oder Herrenrecht bestehen soll in Deutschland. Unter den Wahlberechtigten sind die Frauen in der Mehrheit! Die Stimme der Frauen entscheidet! Die Frau hat es in der Hand, den Feinden des Aufstiegs der Arbeiterklasse eine gründliche Lektion zu erteilen, so daß diese wissen, ihr „Drittes Reich“, in dem die „Frau Magd und Dienerin“ sein soll, ist nicht auf zehn Jahre vertagt (womit sich der Herr Hitler nach dem ersten Schlag am 13. März schon quasi abgefunden hat), sondern wird endgültig auf den St. Nimmerleinstag verschoben.

Anna Zammert.

Ehliche Fruchtbarkeit in verschiedenen Ländern

Der Geburtenrückgang ist in den meisten Ländern zur Tatsache geworden. Die Bevölkerungszunahme geht viel langsamer vor sich als vor 20 oder gar 50 Jahren. Im neuesten Heft der Zeitschrift „Die Wirtschaftskurve“ bringt Ernst Kahn aufschlußreiche Berechnungen von 23 Ländern. Nach der Kinderzahl geordnet steht der irische Freistaat mit 4,40 Kindern je Ehe an der Spitze. Es folgen Japan mit 4,13, Spanien mit 3,90, Italien mit 3,66, Polen mit 3,40 usw. Etwa in der Mitte bewegen sich Oesterreich mit 2,50, die Tschechoslowakei mit 2,40, Dänemark mit 2,35, die Schweiz mit 2,23, Frankreich mit 2,18, England mit 2,9. Die niedrigsten Geburtenziffern haben Belgien mit 1,99, Deutschland mit 1,96 und die Vereinigten Staaten mit 1,83. Nach der Geburtenziffer geordnet stehen die Länder Ukraine mit 34,0, Japan mit 33,0, Polen mit 32,8, Bulgarien mit 30,1, Spanien mit 29,0 und Italien mit 26,0 je 1000 Einwohner an der Spitze. Von 23 Ländern bewegen sich 15 unter dem Durchschnitt von 23,7. Darunter die Tschechoslowakei mit 22,7, Frankreich mit 18,1, USA mit 18,9, Deutschland mit 17,5, die Schweiz mit 17,1, Oesterreich mit 16,8, England mit 16,3 und Schweden mit 15,4. Setzt man das Verhältnis der Geburten zu den Heiraten für 1913=100, so beträgt heute die Kinderzahl je Ehe in Japan 103,3, Frankreich 90,5, Italien 87,1, Holland 79,0, die Schweiz 68,8, Schweden 56,0 und Deutschland 53,8. Der Rückgang der Geburtenzahl Deutschlands fällt besonders auf. Die Länder mit katholischer Bevölkerung sind neben den Japanern am fruchtbarsten. Jedenfalls ist die Abneigung gegen das Kind

„Ich möchte gern, aber das lange Stehen ist nichts für mich. Wann kann ich Sie abholen?“

„Um vier wird wohl alles zu Ende sein, wenn nicht, rufe ich an“, entgegnete Joan ungsauste, Mary Maud im Vorbeigehen schnell umarmend, aus dem Zimmer.

An der Gedächtnishalle mußte sie sich mit Hilfe ihrer Ellbogen einen Weg durch die Menschenmauer bahnen, denn da die Zeitungen voll waren mit Berichten und Schilderungen der drohenden Lage, stand die Arbeiterkonferenz nunmehr im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Weder Dacre noch Blain konnten sie in dem Gewühl entdecken; doch im Pressezimmer wurde ihr ein Brief von Royd ausgehändig, der eine kostbare Einlaßkarte enthielt. Die Begleitzeilen besagten:

„Robinson ist erkrankt und heimgefahren. Er hat mir seine Karte für Sie dagelassen. Bewahren Sie Stillschweigen darüber, damit wir uns nicht Unannehmlichkeiten aussetzen. Hoffe, Sie zum Lunch zu sehen. In Eile. W. R.“

Welch aufregender Moment, als Joan den Kontrollleur ihre Karte vorzeigte und im Gegensatz zu den Schwierigkeiten des vorhergehenden Tages gemächlich in den wohlbeleuchteten Saal spazieren durfte! Auf der einen Seite entdeckte sie sogar noch einen freien Stuhl der ihr, da sie die Lehne als Sitz erkor, zu einem guten Rundblick über das Meer vor Köpfen verhalf.

Diese Männer, grübelte Joan, standen im Zentrum einer Krise, in der tatsächlich sie Arbeiter, zu Rate gezogen wurden und die letzte Entscheidung fielen. Bisher hatten in der ganzen Geschichte ihrer Klassenkämpfe immer andere für sie entschieden, während sich das Los der Arbeiter darauf beschränkte zu kämpfen und zu sterben. Jetzt jedoch wartete ein Ministerkabinet darauf, was sie tun würden, ob ihre Entscheidung Krieg oder Frieden lautete.

(Fortsetzung folgt)

Schriften und Bücher

Wladimir Woytinsky. Internationale Hebung des Preis- als Ausweg aus der Krise. VI und 163 Seiten kartoniert, Organisationspreis 5.— RM (regulär 12,50 RM). — Das Buch von Wladimir Woytinsky befaßt sich mit den Grundproblemen der Wirtschaftspolitik, nämlich mit den Methoden der zielbewußten Beeinflussung der Konjunkturabwicklung. Um den Boden der Diskussion vor unzähligen Vorurteilen und Mißverständnissen zu reinigen, muß der Verfasser auf manche komplizierte und umstrittene theoretische Fragen eingehen. Die theoretische Untersuchung ist aber hier kein Selbstzweck, sondern lediglich ein Mittel, den Ausweg aus der gegenwärtigen untragbaren Lage zu finden. Der Wirtschaftspolitik klare Orientierung und erforderliche Stoßkraft zu sichern. — Der Verfasser mahnt den Konjunkturorden zu aktiven „medizinischen“ Einstellung der Krise gegenüber und zeigt mit seinem Buch, wie die wissenschaftliche Objektivität sich mit der größten Aktivität in der Suche nach dem Weg aus der Not vereinigen läßt. Der Kampf gegen die Krise muß von der Erkenntnis der Gesetze der Preisentwicklung ausgehen. Die sorgfältige Untersuchung der Preisbewegungen in vorliegenden Zeilen zeigt aber eindeutig, daß die allgemeine Preisentwicklung nicht nur eine Folge der Depression ist, sondern zugleich auch selbst auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt eine depressive Wirkung ausübt; eine Erholung der Beschäftigung bei dem heutigen Tiefstand der Preise auf dem Weltmarkt und bei ihrer Tendenz zum weiteren Absinken ist so gut wie unmöglich. Darans entspringt die Aufgabe der aktiven Weltwirtschaftspolitik: Stabilisierung und Hebung des allgemeinen Preisniveaus auf dem Weltmarkt. Diese Aufgabe — die die Anpassung der künstlich überhöhten Preise an das normale Niveau in keinem Maße beeinträchtigen darf — kann nur dadurch gelöst werden, daß eine zusätzliche Kaufkraft ins Leben gerufen und in den wirtschaftlichen Umlauf eingeschleust wird. — Der Verfasser zeigt den geeigneten Weg der Internationalen Arbeitsbeschaffung auf Grund der internationalen Kreditbeschaffung. Der Gedankengang des Buches weicht in mancher Hinsicht von den wirtschaftspolitischen Vorstellungen ab, an die wir gewöhnt sind. Es wird ein neuer Gesichtspunkt zu dem Problem der Preisgestaltung und erst recht der Währungs- und Kreditpolitik beiträgt. Es wird nachgewiesen, daß die Arbeitsbeschaffung im richtigen Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaftspolitik keine Utopie, sondern die mannbare und dringlichste Aufgabe ist. — Der Verfasser schließt sein Buch mit diesen Worten: „Ich bin mir vorübergehend darauf gefaßt, daß bei der weiteren Untersuchung der hier aufgeführten Probleme manches in anderen Lichte erscheinen wird. Ich glaube aber, daß die weitere Entwicklung in diesem Punkte mir recht geben wird. Die aktive Konjunkturpolitik ist bei dem heutigen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung möglichst zu fördern. Eine Weltwirtschaftspolitik, die ihren Ausgangspunkt von der Währungs- und Kreditpolitik bilden, die zugleich eine Preis- und Arbeitsbeschaffungspolitik ist.“ — Da die hier aufgeführten Probleme und vorgeschlagenen Wege der Wirtschaftspolitik für die Arbeiterbewegung von der größten Bedeutung sind, hat der Bundesvorstand beschlossen, die Verbreitung des neuen Buches von Wladimir Woytinsky tatkräftig zu unterstützen.

Der „Volksfunk“ hat sich rasch zur größten und schärfsten Wochenschrift der freien Arbeiterbewegung entwickelt. Trotz bester Ausstattung in Fiedlerdruck ist der Preis der alte geblieben: Einzelheft 25 Pf., monatlich 90 Pf. und 6 Pf. Zustellgebühr. Er kann bei der Buchhandlung „Der Heim-„Volksfunk“-Verlag, Berlin S.W. 68, Lindenstr. 3, bestellt werden.

Goethe bei der Büchergilde Gutenberg. Das Märzheft der Büchergilde Gutenberg bringt anlässlich des hundertsten Todestages Goethes einen längeren Artikel, der die aller Würdigung der unsterblichen Persönlichkeit und die Bedeutung Goethes für ein ganzes Jahrhundert nicht zu Gebührendem dieses Denkers und Dichters übersteigt. Das vorliegende Heft kündigt die Neuerscheinungen des II. Quartals und ein großes, zehn Bände umfassendes Goethewerk an. Erzählungen und Abhandlungen, darunter besonders interessante Holzschnitte von Professor Rössing, füllen das März-Heft dieser Zeitschrift. Die Mitglieder der Büchergilde Gutenberg in einer Anzahl von 90 000 kostenlos zugeht.

„Gesundheit“. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hans-Verband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 137. Die Märznummer ist erschienen.

*) Blain = Beule; Chilblain = Pestbeule.